Herausgegeben von den britischen Militärbehörden
Die Zeitung erscheint jeweils dienstags und freitags
Der Postverlagsort ist (21) Oelde

Neue Westfälische Zeitung

Die Anzeigen für die jeweilige Teilausgabe und die Ausgabebezeichnungen erscheinen auf der vierten Seite dieser Zeitung

Nr. 80 Dienstag, den 19. März 1946 20 Pfg.

Rußland will die UNO. unterstützen

Churchill-Reden werden debattiert

EIN BEKENNTNIS zur UNO.-Politik legte am Sonnabendabend der Moskauer Rundfunk in einer seiner Sendungen ab, die sich mit den Reden Churchills auseinandersetzen. Von ihren Nachbarländern, so erklärte der Sprecher Davidov in einer englischen Sendung nach Großbritannien und Amerika, verlange die Sowjetunion lediglich, daß ihre Regierungen Rußland günstig gesonnen seien.

Die sowjetische Innenpolitik sei von der Notwendigkeit bestimmt, eine neue sozialistische Lebenskultur zu schaffen, so heißt es in der Sendung weiter. Deshalb beobachte die Sowjetunion so sorgfältig alle Möglichkeiten, die zu einem Bruch des Friedens führen könnten. „Aus diesem Grunde versucht Rußland mit seiner ganzen Macht, die UNO. zu unterstützen und ihre Interessen zu schützen", sagte Davidov. Die Sowjetunion könne die Opfer nicht vergessen, die sie in diesem Kriege gebracht habe. Es diene den Interessen aller friedliebenden Völker, wenn die Nachbarländer Rußlands die letzten Spuren des Faschismus und damit die Befürworter einer Angriffspolitik wirklich beseitigen.

In anderen Sendungen setzte der Moskauer Rundfunk auch am Sonnabend seine Angriffe gegen Churchill fort. Der ehemalige englische Ministerpräsident wurde dabei beschuldigt, sein Äußerstes zu tun, um das normale Leben der Nationen zu stören.

Stalin kritisierte

Als „gefährlich und dazu berechnet, Zwietracht zu säen und die Zusammenarbeit zwischen England und der Sowjetunion zu hindern" bezeichnete Marschall Stalin in einer Unterredung mit einem Vertreter der Moskauer „Prawda" die Rede Churchills in Fulton. „Churchill hat tatsächlich die Rolle eines Kriegstreibers übernommen." Dabei stehe er jedoch nicht allein. Er habe Freunde nicht nur in England, sondern auch in Amerika. Churchill rufe zum Krieg gegen die Sowjetunion auf. Es sei klar, daß seine Haltung unvereinbar mit dem bestehenden Bündnisvertrag zwischen England und der Sowjetunion ist.

Stalin erinnerte an die gewaltigen Kriegsverluste der Sowjetunion, die allein an Gefallenen sieben Millionen betragen hätten, und begründete damit das Bestreben Moskaus, in den von der Sowjetarmee besetzten Gebieten Regierungen einzusetzen. Nur ein Verrückter könne diese Schritte und Bestrebungen der Sowjetunion als Expansionstendenzen bezeichnen.

Churchill sprach in Neuyork

Neuyork, 16. März. Winston Churchill, der am Freitagabend in Neuyork anläßlich eines Banketts eine Rede hielt, erklärte, daß er weder an einen unvermeidlichen noch an einen unmittelbar bevorstehenden Krieg glaube. Er glaube ferner nicht, so führte der ehemalige britische Ministerpräsident aus, daß die Machthaber Rußlands einen Krieg wünschen.

Nichts könne, so fuhr Churchill fort, seine Bewunderung für das russische Volk erschüttern oder seinen aufrichtigen Wunsch abschwächen, daß Rußland in Sicherheit und Wohlstand lebe und einen ehrenvollen Platz in der Welt einnehme. Die englisch sprechende Welt sei bereit, mit dem russischen Volk auf der Grundlage der Gleichheit zusammenzuarbeiten. Wenn die sowjetische Regierung aus der Sympathie, die Rußland entgegengebracht wird, keinen Nutzen ziehe, so trüge sie selbst dafür die Verantwortung.

Für Sowjetrußland bestehe kein Grund, führte Churchill weiter aus, sich über den Erfolg seiner Kriegsanstrengungen zu beklagen. Seine Verluste waren groß, aber seine Gewinne sind gewaltig. Churchill wies darauf hin, daß Rußlands Gegenspieler Japan hauptsächlich durch die amerikanische Wehrmacht zu Boden geworfen wurde, Rußland jedoch alles, was es vor 40 Jahren an Japan verlor, wiedergewann.

Friede für Generationen

London, 17. März. Ein Bekenntnis zum „Frieden auf Generationen" legte Außenminister Bevin in einer Rede ab, die er am Sonnabend in Port Talbot hielt. Er sagte: „Nach besten Kräften will ich mich bemühen, einen Frieden auf viele, viele Generationen zu sichern; wenn ich auch keinen Erfolg versprechen kann. Ich werde mich nicht entmutigen lassen, sondern tun, was in meinen Kräften steht."

Im Hinblick auf die Churchill-Rede in Amerika erklärte der Außenminister: „Die Politik, für die unsere Regierung verantwortlich ist, wurde in meiner Parlamentsrede klargelegt, in der ich betonte, daß ich entschlossen bin, einen 50jährigen Freundschaftspakt mit Rußland zu vertreten."

Byrnes bekennt sich zur UNO.

Neuyork, 17. März. „Die Vereinigten Staaten werden nötigenfalls zur Unterstützung des Zieles und der Grundsätze der Verfassung der Vereinten Nationen ihre Armee einsetzen", erklärte Außenminister Byrnes am Sonnabend in Neuyork. Die Vereinigten Staaten beabsichtigten nicht, Sicherheit in einem Bündnis mit der Sowjetunion gegen Großbritannien oder in irgendeiner Allianz mit Großbritannien gegen die Sowjetunion zu suchen, fuhr Außenminister Byrnes fort. „Wir wollen mit den Vereinten Nationen zusammenstehen", betonte Byrnes, „um die gleichen Rechte für alle Nationen und Sonderrechte für keine Nation zu verbürgen."

Bevin zur Persien-Frage

London, 14. März. Außenminister Bevin gab am Donnerstag im Unterhaus eine Erklärung über die Lage in Persien ab.

„Die Haltung der britischen Regierung gegenüber der Lage in Persien ist unverändert", sagte Bevin. „Unsere Aufmerksamkeit richtet sich in erster Linie nicht auf die Truppenbewegungen, sondern auf die Tatsache, daß russische Truppen im Gegensatz zum britisch-sowjetrussisch-persischen Vertrag immer noch im Lande sind." Für den britischen Standpunkt sei es wichtig, daß auf die britische Note vom 3. März noch keine Antwort von der russischen Regierung eingegangen ist.

Über die russischen Truppenbewegungen in Persien erklärte Bevin: „Das Ziel dieser Truppenbewegungen, bei denen auch Panzereinheiten beobachtet wurden, ist gegenwärtig unbekannt. Seit dem 2. März, dem Vertragstermin für die Räumung Persiens, wurden Truppenbewegungen von der Sowjetunion in Richtung Persien festgestellt."

Außenminister Bevin verwies dann auf die wiederholten Versicherungen von sowjetrussischer Seite, die gebietsmäßige Unantastbarkeit, Souveränität und Unabhängigkeit Persiens zu respektieren.

Das Dementi der „TASS"

Moskau, 15. März. Die amtliche russische Nachrichtenagentur „TASS" bestritt, daß sowjetrussische Truppenverbände durch Täbris auf Teheran und die persische Westgrenze marschieren. Die „TASS"-Erklärung hat folgenden Wortlaut: „In der amerikanischen Presse ist ein Bericht des amerikanischen Außenministers veröffentlicht worden, wonach sowjetrussische Einheiten durch Täbris auf Teheran und die persische Westgrenze marschieren. Die „TASS" ist ermächtigt, festzustellen, daß diese Nachricht den Tatsachen nicht entspricht."

USA. verlangt Klarheit

Washington, 16. März. Die Bewegungen der russischen Verbände in Nordwestpersien halten nach neuen Meldungen an. Voraustruppen sollen Bukan erreicht haben, etwa 170 Kilometer südlich von Täbris und 83 Kilometer von der türkischen Grenze entfernt.

Washington, 17. März. Das amerikanische Außenministerium erwartet, wie am Sonntag in Washington festgestellt wird, daß die persische Regierung innerhalb von 24 Stunden eine bindende Antwort auf die Frage erteilt, ob die Teheraner Regierung wegen der Ereignisse in Persien bei der UNO. Einspruch erheben werde oder nicht.

Am Sonntagabend wartet die persische Botschaft in Washington auf Antwort aus Teheran. Im USA.-Außenamt liegen amtliche Berichte vor, die darauf hinweisen, daß ein starker russischer Druck auf die persische Regierung ausgeübt wird, sich eines Schrittes bei der UNO. zu enthalten.

Der sowjetische Geschäftsträger in Teheran habe den persischen Ministerpräsidenten wissen lassen, daß Moskau jeden Appell der persischen Regierung an den Sicherheitsrat der UNO. als einen unfreundlichen Akt betrachten und zum Anlaß für entsprechende Schritte nehmen würde.

Sowjets räumen Mandschurei

Tschungking, 14. März. Sieben Armeen will die chinesische Regierung in die Mandschurei zu den bereits dort stationierten 100 000 Mann entsenden, wie die chinesische Nachrichtenagentur heute berichtet.

Die Sowjettruppen haben vor wenigen Tagen mit der Räumung der Mandschurei begonnen und bewegen sich nordwärts in Richtung der sibirischen Grenze.

Wie der stellvertretende chinesische Minister des Amtes für militärische Zusammenarbeit berichtete, verfügen die Kommunisten in der Nord-Mandschurei über eine etwa 300 000 Mann starke Truppe und leisten den vorrückenden chinesischen Regierungstruppen entschlossenen Widerstand.

Der Minister bezeichnet diese Tatsache als unvereinbar mit dem chinesisch-sowjetischen Abkommen vom Oktober 1945, das neben der Räumung der Mandschurei die Entwaffnung der nicht zur chinesischen Regierung gehörenden Truppen durch die Sowjetbehörden und die Rückgabe aller Eisenbahnen mit Ausnahme der Tschangchun-Linie an die Chinesen vorsehe.

Washington, 16. März. Außenminister Byrnes gab am Freitag bekannt, daß die mandschurische Frage nicht vor dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen behandelt werden wird.

Göring sagt: Ich bin kein Kirchengänger

Der „zweite Mann" des Nazi-Regimes packt aus

Nürnberg, 14. März. Eine halbe Stunde wartete Göring am Donnerstagvormittag bereits im Zeugenstand des Nürnberger Gerichts, bevor das Internationale Militär-Tribunal erschien und die 81. Verhandlung eröffnet wurde.

Auf die Frage: „Was verstehen Sie unter dem Ausdruck Herrenrasse?" antwortete Göring unter großem Gelächter: „Ich verstehe nichts darunter, in keiner meiner Reden oder meiner Schriften werden Sie das Wort finden. Sie sind entweder ein Herr oder Sie sind es nicht, aber wenn Sie ein Herr sind, haben Sie es nicht nötig, es besonders zu betonen." Göring schilderte dann die Niederwerfung der Röhm-Revolte und die Erschießungen, die im Juni 1934 stattfanden. „Die Zahl der Opfer ist übertrieben worden, soweit ich mich erinnere, hat es sich um 72 oder 76 Personen gehandelt.

Die Verschärfung des Kampfes gegen die Kirchen ist nach Görings Meinung erst in den letzten Kriegsjahren erfolgt und auf Himmler und Bormann zurückzuführen. „Ich bin nicht das, was man einen Kirchengänger nennt", sagte Göring. Er sei aber gelegentlich in der Kirche gewesen. Er behauptete, auch enge Beziehungen zu der katholischen Kirche gehabt zu haben. Seine Mutter sei katholisch gewesen, und er habe den Papst besucht. Er habe mit Hitler die Auffassung geteilt, daß Kirche und Politik getrennt sein sollten. „Als Oberbefehlshaber der Luftwaffe hatte ich keine eigenen Pfarrer. Ich sagte meinen Leuten, daß sie in der Kirche beten sollen und nicht in den Baracken, wo sie gedrillt wurden."

Angriff auf USA, sehnlichster Wunsch

Ausführlich schilderte Göring bei seiner Vernehmung den Aufbau der Luftwaffe. Nach seiner Darstellung ist damit bereits 1933 begonnen worden. „Ich habe mir sehnlichst einen Bomber gewünscht, mit dem ich hätte Amerika angreifen können. Ich habe sogar ein Preisausschreiben über einen schweren Bomber veranstaltet, aber wir hatten nicht die Möglichkeit, einen solchen Bomber zu entwickeln."

„Im Spätherbst 1940 enthüllte mir der Führer zum erstenmal, daß er die Absicht habe, gegen Rußland vorzugehen", sagte Göring am 82. Verhandlungstage, dem 15. März. „Ich war gegen einen Krieg mit Rußland, und zwar nicht aus völkerrechtlichen, sondern ausschließlich aus militärischen Gründen." Er habe Hitler erklärt: „Ich bin der Ansicht, daß über kurz oder lang die Vereinigten Staaten gegen uns aufmarschieren werden. Es war Ihr Meisterwerk, mein Führer, uns bei Beginn des Krieges den Einfrontenkrieg ermöglicht zu haben. Wenn wir jetzt Rußland angreifen, dann stehen wir im Kampf gegen drei Weltmächte, und zwar an zwei Fronten."

Zu der ihm vorgeworfenen Ausplünderung russischen Gebietes erklärte Göring, daß er sich die russischen Wirtschaftsgüter habe aneignen dürfen, weil es in Rußland nur Staatseigentum und kein Privateigentum gegeben habe. Seine Ansicht über die Rechtmäßigkeit dieses Vorgehens werde zudem durch Rußlands heutiges Verhalten in der russisch besetzten Zone Deutschlands bestätigt. Im übrigen hätten die Russen in ihrem Lande alles vernichtet, was den Gegnern hätte dienlich sein können. Göring beschwerte sich darüber, daß er sogar das Ballett in Winniza ohne ausreichende Bekleidung vorgefunden habe.

Zu den Bombenangriffen der deutschen Luftwaffe erklärte Göring: „Ich als der Oberbefehlshaber der Luftwaffe bin für alle Maßnahmen und Handlungen der Luftwaffe verantwortlich." Hitler habe ihn immer gedrängt, London zu bombardieren, aber das sei für ihn kein erstrebenswertes Ziel gewesen. „Ich wußte schon aus dem ersten Weltkrieg", so sagte er, „daß die Londoner hart im Nehmen sind."

Die von Hitler gewünschten Erschießungen sogenannter Terrorflieger, habe er, Göring, für den Amtsbereich der Luftwaffe niemals befohlen.

Zu der Verletzung der holländischen, belgischen und luxemburgischen Neutralität erklärte Göring, Deutschland habe keinerlei Gewähr dafür gehabt, daß diese Neutralität von der anderen Seite respektiert werden würde. So habe z. B. die britische Luftwaffe bei ihren Einflügen nach Deutschland die holländische und belgische Neutralität ständig verletzt.

Zum Schluß der Verhandlung klappte Göring das große Heft zu, in dem er bisher geblättert und aus dem er zitiert hatte, und verkündete abschließend die Meinung, daß die vielen unangenehmen Seiten dieses Krieges und die vielen Greuel, die erwähnt worden seien, sich auf ein neues Kriegsinstrument zurückführen lassen, und zwar auf die Propaganda. Er zitierte ein angebliches Wort von Churchill, der gesagt haben soll: „In einem Krieg auf Leben und Tod gibt es schließlich keine Legalität."

Hitler und seine Generale

Über das Verhältnis Hitlers zu seinen Generalen äußerte sich Göring in der Verhandlung vom 16. März, Keitels Stellung sei keineswegs beneidenswert gewesen, sondern besonders unangenehm, wenn er, wie es oft vorkam, zwischen Hitler und seinen Oberbefehlshabern und Generalen habe vermitteln müssen, weil es zum „Krach" gekommen war. „Einmal bat er mich sogar um ein Frontkommando", erklärte Göring, „und sagte, er würde sich trotz seines Ranges als Feldmarschall mit der Führung einer Division begnügen, wenn er nur hier fortkäme."

Auf die Frage: Wie weit sind die Generale politisch hervorgetreten? antwortete Göring: „Im Dritten Reich hatten die Generale keine Berechtigung, politisch aufzutreten. Die einzige Ausnahme war ich."

Anfang 1945 sei es Göbbels gewesen, der für eine Kündigung der Genfer Konvention eintrat. Als Jodl und andere Widerspruch dagegen erhoben hätten, sei Hitler in schwere Erregung geraten und habe folgendes vorgebracht: Es sei für die deutsche Generalsituation besser, die Konvention zu kündigen, da sich die deutschen Truppen im Westen leicht ergäben und vielfach überliefen. Bei einer Kündigung der Konvention sei vorauszusehen, daß deutsche Soldaten in Feindeshand schlecht behandelt würden, und das würde sie daran hindern, sich zu ergeben oder überzulaufen.

Im weiteren Verlauf der Verhandlung wurde Göring durch die einzelnen Verteidiger befragt.

Rosenbergs Anwalt fragte ihn: „Hat nicht Herr Rosenberg gegen Maßnahmen im Osten bei Hitler protestiert?"

Göring lachte auf diese Frage und antwortete: „Protestiert? So kann man das nicht ausdrükken, Herr Rechtsanwalt! Rosenberg konnte gegen nichts protestieren. Wenn er das getan hätte, wäre der Führer mit ihm unzufrieden gewesen und dann hätte sich alles erledigt."

Als er über die Telephongespräche befragt wurde, die er mit Seyß-Inquart vor dem Einmarsch nach Österreich geführt habe, winkte er müde ab und erklärte: „Telephongespräche hin, Telephongespräche her — für den Einmarsch in Österreich tragen nur zwei die Verantwortung: Hitler und ich."

Als die Verteidiger nicht abließen, Göring zugunsten der anderen Angeklagten auszufragen, sagte er schließlich sichtlich erschöpft: „Ich bitte, mir die Fragen kürzer und präziser zu stellen. Das sind ja ganze Erzählungen, die man von mir verlangt."

Anordnung des Gerichtshofes

Der internationale Militärgerichtshof hat angeordnet, daß die Verteidiger der im Verfahren angeklagten Organisationen das Recht haben werden, folgende Beweisanträge zu stellen: Erstens, ob die angeklagte Organisation ein gemeinsames Ziel hatte, das nach den Statuten des Gerichts als verbrecherisch zu bezeichnen ist. Zweitens, ob die Mitgliedschaft in der Organisation im allgemeinen freiwillig war. Drittens, ob die verbrecherischen Ziele oder Tätigkeiten der Organisationen allen oder zumindest der Mehrheit der Mitglieder bekannt waren.

Die Staatsmänner haben das Wort

Die Fulton-Rede des früheren englischen Premierministers Churchill läßt die politische Welt nicht zur Ruhe kommen. In beiden Hemisphären wird sie lebhaft erörtert und bald so, bald so ausgelegt. Eins aber kann man doch aus diesen Kommentaren herauslesen: Eine gewisse Entspannung bahnt sich an. Selbst Generalissimus Stalin, der zwar in einer Unterredung mit einem Vertreter der „Prawda" die Rede als „gefährlich und dazu berechnet" bezeichnet, „Zwietracht zu säen und die Zusammenarbeit zwischen England und der Sowjetunion zu hindern", nennt „eine neue militärische Kampagne gegen Osteuropa sehr unwahrscheinlich, weil Millionen einfacher Menschen für die Sache des Friedens auf der Wacht stehen". Dieser Unwahrscheinlichkeit hat inzwischen auch Churchill in einer neuen Rede in Neuyork am Freitag Ausdruck verliehen, in der er betonte, daß er weder an einen unvermeidlichen noch unmittelbar bevorstehenden Krieg glaube, noch, daß die Machthaber Rußlands einen Krieg wünschten. Wenn die beiden Hauptbeteiligten hier sich auf die Worte: „Unwahrscheinlich" und „nicht glauben" beschränken, so kann man das nach allem, was voraufgegangen ist, verstehen.

Mit aller wünschenswerten Offenheit hat sich der englische Außenminister Bevin über die Erhaltung des Friedens ausgesprochen, wenn er in einer Rede am Samstagabend erklärte: „Nach besten Kräften will ich mich bemühen, den Frieden auf viele, viele Generationen zu sichern, wenn ich auch keinen Erfolg versprechen kann." Sicherlich, das kann niemand, aber ein Wort von solch verantwortlicher Stelle ist doch nicht ohne Bedeutung und findet eine starke Unterstützung in einer Erklärung des nordamerikanischen Außenministers Byrnes: „Wir wollen mit den Vereinten Nationen zusammenstehen, um die gleichen Rechte für alle Nationen und Sonderrechte für keine zu verbürgen." Auch der Ministerpräsident der Südafrikanischen Republik, Smuts, sieht, wie er vor dem Südafrikanischen Parlament erklärte, keine große Kriegsgefahr für die Zukunft: „Was wir brauchen, ist Geduld und Vernunft!", und der australische Außenminister Dr. Evatt tritt den Befürchtungen wegen eines bevorstehenden Krieges entgegen: Rußland wolle sein Land entwickeln und die Wohlfahrt seines Volkes fördern. Solange nicht das Gegenteil bewiesen sei, halte er die russische Politik für eine Politik des Selbstschutzes gegen künftige Angriffe. Die Reihe der führenden Politiker, die an einen unvermeidlichen oder unmittelbar bevorstehenden Krieg nicht glauben, sei mit einer Äußerung des nordamerikanischen Präsidenten Truman abgeschlossen, der ebenfalls „die Lage nicht derart mit Gefahren überladen sieht, wie viele Leute annehmen".

Gewiß, um mit einem Worte des Generalsekretärs der UNO., des früheren norwegischen Außenministers Lie, zu schließen, „die gegenwärtige Lage ist nicht vielversprechend, aber ich bin überzeugt, daß die Probleme gelöst werden, wenn wir sie anpacken wie alle bedenklichen Situationen in der Vergangenheit."

Attlee zur Indien-Frage

London, 15. März. Über die britische Indienpolitik und die Aufgaben der Ministerdelegation bei den bevorstehenden Verhandlungen in Indien sprach Ministerpräsident Attlee am Freitag vor dem Unterhaus.

Man müsse sich heute vor Augen halten, erklärte Attlee, daß Indien zweimal in 25 Jahren großen Anteil am Sieg über die Tyrannei gehabt habe. Es könne deshalb nicht Wunder nehmen, daß heute eine Nation von 400 Millionen Menschen nun für sich selbst die Freiheit beanspruche, über ihr eigenes Schicksal zu entscheiden.

„Meine Ministerkollegen gehen an ihre Aufgabe", sagte Attlee, „mit dem Vorsatz, alle Anstrengungen zu machen, Indien zu dieser Freiheit so weit und so schnell wie möglich zu verhelfen. Welche Regierungsform das gegenwärtige Regime in Indien ersetzen soll, hat Indien selbst zu entscheiden"

„Ich hoffe, das indische Volk wird sich für ein Verbleiben innerhalb der britischen Völkerfamilie entscheiden", erklärte der Ministerpräsident weiter. „Ich bin überzeugt, Indien wird große Vorteile dabei haben. Wenn es sich allerdings dafür entscheidet, muß es das mit seinem eigenen freien Willen tun, denn das britische Weltreich und die britische Völkerfamilie sind nicht mit Ketten äußeren Zwanges zusammengeschmiedet."

Nehru nimmt Stellung

Neu Delhi, 16. März. Der ehemalige Präsident des allindischen Kongresses, Jawaharlal Nehru und Mohamed Ali Jinnah, der Führer der 80 Millionen indischer Mohammedaner, haben beide zur Unterhauserklärung des britischen Ministerpräsidenten Attlee Stellung genommen.

Jawaharlal Nehru bezeichnete die Attlee-Rede als Entgegenkommen.

„Offensichtlich ist jetzt ein Stadium erreicht", sagte er, „in dem Halbheiten nicht mehr in Frage kommen. Nur noch eine Diskussion auf der Grundlage der indischen Unabhängigkeit kann Frucht tragen."

Der Präsident der allindischen Moslem-Liga Mohamed Ali Jinnah betonte: „Wir bestehen bei den Verhandlungen mit den britischen Ministern auf der Teilung Indiens und der Bildung unabhängiger Moslemstaaten.

Ghandi an sein Volk

Bombay, 15. März. Zum erstenmal seit 1942 ließ Gandhi wieder öffentlich die Möglichkeit durchblicken, die Führung des indischen Volkes zu übernehmen, als er in einer Gebetsversammlung einen Appell zur Geduld an das indische Volk richtete.

In dem Appell fordert Ghandi das indische Volk auf, der am 24. März in Indien eintreffenden englischen Regierungskommission Gelegenheit zur Erfüllung der britischen Regierungsversprechungen zu geben. Anderseits erklärte er: „Wenn die Mission mit falschen Versprechungen kommt, werde ich die nächsten Schritte des Volkes lenken."

Kardinal Galen wieder in Münster

Münster, 17. März. Am Sonnabend hat Clemens August, Kardinal Graf von Galen, unter dem Jubel der Bevölkerung seinen festlichen Einzug in die alte Bischofsstadt Münster gehalten. Bürgermeister Dr. Zuhorn entbot die Glückwünsche der Stadt, die dem Kardinal das Ehrenbürgerrecht verlieh. Mit einer Ansprache des Oberpräsidenten Dr. Amelunxen, der die Glückwünsche der Bevölkerung Westfalens aussprach, begann eine überwältigende Feierstunde auf dem Domplatz. Etwa 50 000 Menschen waren versammelt. Der Kardinal dankte und sprach zu der Menge.

Die Feierlichkeiten zur Heimkehr des Kardinals erhielten ihre Krönung durch das am Sonntagmorgen in der Pfarrkirche zum Hl. Kreuz veranstaltete Pontifikalamt. Eine gewaltige Menge von Gläubigen nahm an der kirchlichen Handlung teil.

Zu Beginn des Pontifikalamtes hielt der Kardinal von der Kanzel herab eine durch Lautsprecher weit in den Umkreis der Kirche übertragene Ansprache, anknüpfend an das Christuswort: „. . . und die Pforten der Hölle werden sie nicht überwältigen". Er sprach sodann von dem überaus freundlichen und liebevollen Empfang der Bischöfe durch den Papst, der daran erinnert habe, daß er seine besten Mannesjahre inmitten des deutschen Volkes verbracht und dabei dessen gute Eigenschaften kennen und schätzen gelernt habe. Der Kardinal erwähnte seine Besuche in deutschen Kriegsgefangenenlagern in Süditalien, zu denen ihm von Engländern und Amerikanern in liebenswürdigster Weise verholfen worden sei, und bei denen er sich davon habe überzeugen können, daß die äußere Lage dieser Gefangenen nicht allzuschlimm sei.

Bei seiner Abfahrt wurden dem Kardinal von einer tausendköpfigen Menge herzliche Ovationen bereitet.

Empfang beim Kardinal

Den Abschluß der Feierlichkeiten bildete am Sonntagmittag ein Empfang beim Kardinal von Galen. Namens der Militärregierung sprach Brigadier Chadwick mit einer Reihe hoher Offiziere der Britischen Armee dem Kardinal die Glückwünsche zu seiner Erhebung aus. Der Bischof dankte herzlich und brachte zum Ausdruck, daß der Sonnabend bewiesen habe, daß Münster eine christliche Stadt sei und sein wolle. Dies sei das verbindende Element.



Brigadier Chadwick beglückwünscht Kardinal Graf von Galen

Zonenkonferenz der Gewerkschaften

Hannover, 15. März. Auf der ersten gewerkschaftlichen Zonenkonferenz der britischen Zone in Hannover wurde beschlossen, den 1. Mai in diesem Jahre getreu der seit 1889 bestehenden internationalen gewerkschaftlichen Tradition zu feiern.

In der Abschlußsitzung der Konferenz am 14. März brachte ein Vertreter der Militärregierung das Einverständnis der britischen Stellen mit diesem Beschluß zum Ausdruck und stellte eine Veröffentlichung in Aussicht, die den 1. Mai zum Feiertag ohne Lohnausfall machen wird.

Die Gewerkschaftler forderten konsequente Säuberung der Wirtschaft von Nationalsozialisten nach einheitlichen Richtlinien und unter maßgebender Beteiligung der Gewerkschaften.

Mit dieser Konferenz wurde eine Etappe des Gewerkschaftsaufbaues abgeschlossen; denn die gewerkschaftlichen Organisationen sind, wie der Vertreter der Militärregierung mitteilte, nun auch im Zonenausschuß erlaubt.

In den Zonenausschuß entsenden die vier Gebiete der britischen Zone Hamburg-Schleswig-Holstein, Hannover, Braunschweig-Oldenburg-Bremen, Westfalen und Nordrheinprovinz je fünf Vertreter. Dieser Zonenausschuß fügt die Gewerkschaftsarbeit im ganzen Zonenraum zusammen und hat außerdem den Auftrag erhalten, die Frage der Organisationsform einer Klärung näher zu bringen.

Der Zonenausschuß wurde mit der Vorlage erforderlicher Reformvorschläge zur Sozialversicherung beauftragt. Die Konferenz forderte außerdem die Inangriffnahme der Vereinheitlichung des Arbeitsrechts.

Hermsen will seine Ehre retten

Düsseldorf, 14. März. Oberlandesgerichtspräsident Dr. Hermsen aus Hamm erhielt am Mittwoch Gelegenheit, sich zu den gegen ihn vorgebrachten Beschuldigungen zu äußern. Der Untersuchungsausschuß billigte ihm Zeit zum Studium der Verhandlungsprotokolle zu, um ihm die Möglichkeit zur Rehabilitierung zu geben. Aus diesem Grunde wurde die nächste Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.

Hermsen erklärte wörtlich: „Das Wesentliche ist für mich, daß ich meine Ehre rette, koste es, was es wolle, denn ich kann nur erklären, daß das, was die Zeugen aussagten, objektiv nicht wahr ist."

Neue Lebensmittelrationen

Hamburg, 17. März. Für die 87. Zuteilungsperiode werden in der Lebensmittelzuteilung für die Normalverbraucher folgende Änderungen eintreten: 700 Gramm Fleisch statt bisher 600 Gramm. Fisch 600 Gramm an Stelle des bisher in der Fleischzuteilung einbegriffenem. Zucker 500 Gramm statt bisher 375 Gramm. Marmelade 450 Gramm statt bisher 500 Gramm. Kaffeeersatz 125 Gramm statt bisher 250 Gramm.

Die neue Brot- und Nährmittelzuteilung wird noch bekanntgegeben.

Zusatzverpflegung für Kinder

Verpflegungspäckchen, die für britische Fern-Ost-Truppen vorgesehen waren, sogenannte „Pazifik-Päckchen", werden durch das britische Rote Kreuz an deutsche Kinder in der britischen Zone verteilt. Sie sollen dazu dienen, den Schulkindern in den großen Städten und den Industriegebieten der Ruhr markenfreie Mahlzeiten zu bescheren.

Die Kinder werden zusätzlich Biskuit, Schinkenspeck, Eier und Käse bekommen. Für jedes Kind ist außerdem eine Tageszuteilung von 20 bis 25 Gramm Schokolade oder andere Süßigkeiten vorgesehen.

Nach der Ausgabe der Nr. 80 der „Neuen Westfälischen Zeitung" am 19. März wird die Verbreitung der Zeitung im Stadtkreis Hamm, Stadt- und Landkreis Iserlohn, Kreis Altena und Stadtkreis Lüdenscheid herabgesetzt, und die „Westfälische Rundschau" dort verkauft werden.

Die „Neue Westfälische Zeitung" wird nach der Ausgabe Nr. 81 vom 22. März nicht mehr in den Kreisen Steinfurt, Tecklenburg und Warendorf verbreitet, stattdessen wird die „Osnabrücker Rundschau" erscheinen.

Eine neue Spanien-Note

Washington, 14. März. Eine neue französische Note mit dem Vorschlag, das Franco-Regime in Spanien vor dem Weltsicherheitsrat der UNO. zu behandeln, ist in der Nacht zum Donnerstag im Außenministerium der Vereinigten Staaten eingetroffen.

Paris, 14. März. Am Mittwochabend traf der frühere spanisch-republikanische Ministerpräsident Negrin, von London kommend, in Paris ein. Er erklärte, die republikanische Regierung unter Dr. José Giral sei die einzige gesetzmäßige Regierung Spaniens. Die Anerkennung General Francos im Jahre 1939 durch die demokratische Regierung sei eine „Verletzung des internationalen Rechts" gewesen dessen sich die Demokratien, wie Negrin meint, inzwischen bewußt geworden seien. Er verlangt die Berichtigung dieses Irrtums durch Anerkennung der spanisch-republikanischen Regierung und Abbruch der Beziehungen zu Franco.

Präsident Barrios Erklärung

Paris, 16. März. Der Präsident der spanisch-republikanischen Exilregierung, Diego Martinez Barrio, erklärte in Paris gegenüber Pressevertretern, daß die Pläne für die Übernahme der Regierungsgewalt in Spanien bis in die letzte Kleinigkeit fertig vorbereitet seien.

„Kein Mensch in Spanien will den Bürgerkrieg, und es wird auch keinen geben, wenn Franco abtritt", erklärte Präsident Barrio.

Auf die Frage eines Pressevertreters, wie die spanisch-republikanische Regierung die Loyalität der Armee gewinnen würde, die doch jetzt im Dienste General Francos stünde, antwortete Barrio: „Ich kann unsere Geheimnisse nicht verraten, aber wir machen uns über die Haltung der Armee keine Sorge."

Zusammenarbeit mit USA.

Washington, 15. März. Der Grund für eine weitere, sehr enge Zusammenarbeit zwischen den USA. und Großbritannien wird jetzt durch Verhandlungen des gemeinsamen militärischen Führungsstabes beider Mächte in Washington gelegt, die dieser Tage beginnen sollen.

Politische Beobachter in London beurteilen die Verhandlungen als wichtigsten Vorgang im gemeinsamen Führungsstab beider Mächte seit dem Waffenstillstand. Die Verhandlungen werden als Ausgangspunkt für eine künftige enge militärische Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und dem britischen Weltreich angesehen.

Rückkehr jugoslawischer Staatsbürger

Das Innenministerium der föderativen Republik Jugoslawiens hat in Übereinstimmung mit dem nationalen Verteidigungsministerium die Entscheidung vom 1. Januar 1946 abgeändert, wonach die Wiedereinbürgerung jugoslawischer Staatsbürger aus Deutschland, Schweden, Norwegen und Dänemark beendet sei. Das Ministerium hat die Frist bis zum 16. April 1946 verlängert.

Alle jugoslawischen Staatsbürger, die nach dem 16. April ohne Genehmigung der bevollmächtigten jugoslawischen Gesandtschaften oder Konsulate noch im Ausland verbleiben, werden nicht mehr als jugoslawische Staatsbürger betrachtet.

Für selbständiges Rheinland

Köln, 17. März. Die Loslösung des Rheinlandes forderte Dr. Opitz, der erste Vorsitzende der „Rheinischen Volkspartei", auf der ersten Versammlung der neugegründeten Partei in Köln.

Nur ein freies und selbständiges Rheinland bietet die Gewähr für friedliche Beziehungen zwischen Ost und West, erklärte Dr. Opitz, und bezeichnete ein freies, eigenstaatliches Rheinland in einem föderalistischen Staatenbund auf breiter europäischer Basis als das Ziel der neuen Partei.

KURZNACHRICHTEN

New York, 16. März. Herbert Lehmann, der kürzlich zurückgetretene Generaldirektor der UNRRA., erklärte, daß die Welt den Bedarf an Lebensmitteln zwar nicht decken, daß aber eine genaue Verteilung der Nahrungsmittel den Grad des Leidens verringern könne.

Sidney, 16. März. Auf Grund des Reparationsabkommens erhält Australien deutsche Vermögensanlagen in Australien im Gegenwert von 650 000 Pfund Sterling und deutsche Fabriken und Ausrüstungen im Wert von 2,35 Millionen Pfund.

Kapstadt, 16. März. Der Ministerpräsident der Südafrikanischen Union, General Smuts, kündigte vor dem Parlament an, daß Südafrika auf der nächsten Tagung der UNO. die Einverleibung des früheren deutschen Gebiets von Süd-West-Afrika, das jetzt unter Völkerbundsmandat steht, in das Gebiet der Union fordern werde.

Moskau, 16. März. Die sowjetische Industrieproduktion soll nach dem neuen Fünf-Jahresplan auf einen Umfang von 250 Milliarden Rubel bis Ende 1950 gesteigert werden und die höchste Vorkriegsproduktion damit um 48 Prozent überbieten. Der neue Fünf-Jahresplan sieht auch die Ausrüstung der Sowjetischen Streitkräfte mit den modernsten Waffen vor.

Warschau, 15. März. Der Ministerpräsident der föderativen Republik Jugoslawiens, Marschall Tito, ist zu einem freundschaftlichen Besuch Polens und der Tschechoslowakei in der polnischen Hauptstadt eingetroffen.

Kopenhagen, 17. März. Die Räumung der dänischen Insel Bornholm durch die russischen Truppen hat am Sonnabend begonnen. Sowjetische Transportschiffe sind eingetroffen und laden Soldaten und Material.

Paris, 16. März. Der amtliche Sachverständigenausschuß zur Vorbereitung eines französischen Fünfjahresplanes fordert, daß die französische Regierung die Aufnahme einer Klausel in den Friedensvertrag verlangen solle, die Deutschland verpflichte, auf die Dauer von 20 Jahren 20 Millionen Tonnen Ruhrkohle jährlich an Frankreich zu liefern.

Paris, 17. März. 6000 Tonnen Rohbaumwolle wurden von Frankreich in die französische Besatzungszone geschickt, um in deutschen Webereien zu Fertigfabrikaten verarbeitet zu werden, da die französische Industrie wegen Arbeiter- und Kohlenmangel nicht voll arbeiten kann.

Paris, 14. März. Vier französische Kolonien — Martinique, Guadeloupe, Réunion und Französisch Guayana — wurden durch ein von der Nationalversammlung verabschiedetes Gesetz zu einem Teil des französischen Mutterlandes gemacht, indem sie in den Stand französischer Departements erhoben wurden.

Berlin, 16. März. Ein Gesamtbetrag von etwa 1½ Milliarden Mark muß nach Ansicht zuständiger Kreise in der russisch besetzten Zone für die angeordnete teilweise Freigabe der Sparkonten bereitgestellt werden.

Berlin, 16. März. Die amerikanische Zone Berlins hat die Selbstverwaltung erhalten. Damit ist die Übergabe der unteren Verwaltungsfunktionen im amerikanischen Sektor Berlins an deutsche Behörden abgeschlossen.

Berlin, 15. März. Zur Förderung des deutschen Außenhandels hat die amerikanische Militärregierung den anderen Besatzungsmächten einen Ausfuhr- und Einfuhrplan vorgeschlagen, wie der Chef der Handelsabteilung beim Amt der amerikanischen Militärregierung mitteilte.

Hamburg, 15. März. Der ehemalige Generaloberst und frühere Chef des deutschen Generalstabes Kurt Zeitzler wurde, wie jetzt erst bekannt wird, am 6. Dezember 1945 in einem Versteck in der britischen Besatzungszone entdeckt und verhaftet.

Hannover, 15. März. Frau Regierungsrätin a. D. Bähnisch wurde zum Regierungsvizepräsidenten von Hannover ernannt. Sie ist die erste Frau in der Geschichte der deutschen Verwaltung, die eine leitende staatliche Stellung bekleidet.

Duisburg, 16. März. Die Schwedenspeisung für Kinder von 3 bis 6 Jahren soll auf die Zone südlich der Ruhr ausgedehnt werden, weil der Ernährungszustand der Schulkinder dort weitaus schlechter ist als in der nördlichen Zone.

Nordwestdeutscher Rundfunk

Nachrichten tägl. 6.45, 9.00, 13.00, 19.00, 21.45 Uhr.

Mittwoch, 20. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 8.30: Wasserstandsmeldungen. 9.15: Schulfunk. 12.00: Blick auf die Wirtschaft der Welt. 12.15: Landfunk. 12.30: Musik. 14.00: Englische Presseschau. 16.45: Suchdienst. 17.45: Das gute Buch. 18.00: Streiflichter der Zeit. 19.40: Unser Hausarzt. 19.45: Die Frau. 22.00: Glosse und Satire. 22.15: Tanzmusik.

Donnerstag, 21. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 8.30: Wasserstandsmeldungen. 9.15: Schulfunk. 12.00: Blick in die Welt. 12.15: Landfunk. 12.30: Musik. 16.30: Blick in die Kunstwelt. 16.45: Suchdienst. 17.45: Das gute Buch. 18.00: Westdeutschland spricht. 19.40: Unser Hausarzt. 19.45: An Kreuzwegen deutscher Geschichte. 22.00: Kammermusik. 22.35: Lyrik. 23.15: Tanzmusik.

Freitag, 22. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 8.30: Wasserstandsmeldungen. 9.15: Schulfunk. 12.00: Blick auf die Wirtschaft der Welt. 12.15: Landfunk. 12.30: Tanzmusik. 16.45: Suchdienst. 17.45: Das gute Buch. 18.30: Gartenfunk. 18.40: Das europäische Volkslied. 19.40: Unsere Hausärztin. 20.15: Sinfoniekonzert. 23.10: Unterhaltungsmusik.

Sonnabend, 23. März. 6.30: Morgenmelodien. 6.45: Wettervorhersage. 8.30: Wasserstandsmeldungen. 9.15: Schulfunk. 12.00: Der Jurist spricht. 12.15: Landfunk. 12.30: Tanzmusik. 16.30: Bühne und Film. 16.45: Suchdienst. 17.15: Musikalische Rundschau. 19.40: Unser Hausarzt. 22.00: Am runden Tisch. 22.30: Tan/

Druck: Verlag der Neuen Westfälischen Zeitung - Oelde: 470 203, Bielefeld: 435 451, Gesamtauflage: 905 654.

Prof. Haushofer beging Selbstmord

Professor Dr. Karl Nikolaus Haushofer, der bekannte Geopolitiker, hat gemeinsam mit seiner Frau auf seinem Gut am Ammersee in Oberbayern Selbstmord begangen. Als aktiver Offizier nahm er am ersten Weltkrieg teil. Im Jahre 1919 schied er als Generalmajor und Kommandeur einer bayrischen Division aus dem Heeresdienst aus, um sich als Privatdozent für Geographie an der Universität München zu habilitieren.

Als enger Freund von Rudolf Heß lernte Haushofer 1921 Adolf Hitler kennen. Auf seinen Einfluß sind die geopolitischen Abschnitte in Hitlers Buch „Mein Kampf" zurückzuführen. Trotz seines Ansehens in hohen Parteikreisen hat er kein Amt in der NSDAP. bekleidet. Die halbjüdische Abstammung seiner Frau dürfte hierbei ausschlaggebend gewesen sein. — Mit der Flucht von Rudolf Heß sank der Einfluß des Geopolitikers Haushofer im „Dritten Reich".

Wegen Beteiligung seines Sohnes, Dr. Albrecht Haushofer, an dem Bombenattentat auf Hitler am 20. Juli 1944 wurde Prof. Haushofer vier Monate im Konzentrationslager Dachau gefangengehalten. Dr. Albrecht Haushofer wurde hingerichtet.

Haushofer ist von Rudolf Heß als Entlastungszeuge im Nürnberger Prozeß angeführt worden und hat bereits einmal ausgesagt. Wie vermutet wird, ist er jetzt aus dem Leben geschieden, um nicht ein zweites Mal vor dem internationalen Gerichtshof Nürnberg als Zeuge vernommen zu werden.

Er hat als Herausgeber der „Zeitschrift für Geopolitik", in der er die Expansionsbestrebungen des Dritten Reiches wissenschaftlich zu begründen suchte, an der Entfesselung des Zweiten Weltkrieges großen Anteil.

Hamsuns Frau angeklagt

Sie arbeitete mit den Deutschen zusammen

Gegen Marie Hamsun, die Gattin des norwegischen Dichters und Nobelpreisträgers Knut Hamsun, ist jetzt die Anklage wegen Zusammenarbeit mit den Deutschen während der Besetzung erhoben. Sie wird beschuldigt, daß sie in der „Quisling-Partei" eine amtliche Stellung inne hatte und die norwegischen Frauen aufforderte, Rekrutierungen für einen aktiven Einsatz gegen Rußland zu unterstützen.

Die Anklage gegen ihren 87 Jahre alten geistesschwachen Gatten wurde bekanntlich im Februar zurückgezogen. Marie Hamsun ist jedoch in vollem Besitz ihrer Geisteskräfte. Ihr Sohn, der sich ebenfalls in Haft befindet, versuchte kürzlich, einen Brief seiner Mutter zuzuschmuggeln, der aber abgefangen werden konnte. In dem Brief hieß es: „Wenn du vor ein Gericht gebracht wirst, dann handele so wie Pétain, sage so wenig wie möglich. Draußen arbeiten Leute für uns, und wir können für die Zukunft auf Spanien vertrauen."

Sommersemester in Aachen beginnt am 15. Mai

235 Studenten waren in dem jetzt zu Ende gegangenen ersten Nachkriegssemester der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen eingeschrieben, davon 158 für Architektur und 77 für Bergbau. Für diese beiden Fachrichtungen hatten sich zu Beginn des laufenden Semesters 464 Studenten angemeldet. Insgesamt lagen einschließlich der noch nicht angelaufenen Fachrichtungen 1333 Anmeldungen vor.

Für den Beginn des kommenden Sommersemesters hat der Senat der Hochschule den 15. Mai angesetzt. Erster Einschreibetag ist der 15. April. Das Sommersemester endet am 17. August. — Die Entnazifizierung der Hochschule ergab bisher 74 Wiederzulassungen und 45 Ablehnungen.

Einführung des neuen Landesbischofs in Oldenburg

Prof. Dr. Stählin wurde vor einigen Tagen als Bischof der „evangelisch-lutherischen Landeskirche Oldenburg" durch den Vorsitzenden des Rates der evangelischen Kirche in Deutschland, Landesbischof, Dr. Wurm, in sein neues Amt eingeführt. Landesbischof Dr. Stählin, der im 63. Lebensjahre steht, ist in theologischen Kreisen besonders durch seine Bestrebungen um eine innere Erneuerung der evangelischen Kirche bekannt geworden.

Wiederaufbau und städtebauliche Neuordnung

Überall in den zerstörten Städten sind die Bewohner an der Arbeit, ihre Wohnungen, wenn auch notdürftig, wieder aufzubauen. Der Wille zum Leben ist stärker als alle Bedrängnis. Nicht nur die Not der Stunde zwingt zum Aufbau, sondern hier spiegelt sich auch der Glaube des gesamten deutschen Volkes wider, der Glaube an eine neue Zeit des Friedens und der Arbeit.

Die Stadt des 19. Jahrhunderts war eine Verflachung und Verfälschung fast aller städtebaulichen Grundsätze. Die Baumeister dieser Zeit haben sich, obschon sie technische Werke größten Ausmaßes schufen, im Städtebau ihrer Vorfahren nicht würdig erwiesen. Der gotischen Stadt mit ihrer klaren Ordnung und mit dem gotischen Dom als Stadtkrone haben sie nichts Gleichwertiges an die Seite setzen können. In der modernen Stadt findet sich überall Unordnung, Unübersichtlichkeit und damit Unschönheit. Nicht einmal das Verkehrsproblem hat die Zeit der Technik ganz zu lösen verstanden. Einige gute Bauten und Stadtviertel können über solche Fehler nicht hinwegtäuschen.

Die Notwendigkeit von Reformen ist schon seit Jahrzehnten Gemeingut aller Stadtplaner. Aber einer inneren Gesundung dieser Zustände standen bisher mancherlei Schwierigkeiten, nicht zuletzt die im privaten und öffentlichen Hausbesitz steckenden Werte entgegen. Die Bauten sind heute größtenteils zerstört; der Weg zu einer städtebaulichen Neuordnung ist damit wesentlich erleichtert. Hinzu kommt, daß in der gemeinsamen Not auch das Verständnis der Stadtbewohner für die Belange der Allgemeinheit gewachsen ist. Die kommende Gesetzgebung wird dieses Gemeinschaftsgefühl stützen.

Städtebau ist die Zusammenfassung und einheitliche Ausrichtung aller mit der Gestaltung unserer Städte zusammenhängenden technischen, rechtlichen, wirtschaftlichen und künstlerischen Fragen. Die Änderungen in der Arbeits- und Lebensform werden daher im Städtebau ihren äußeren Ausdruck finden müssen, desgleichen die Fortschritte der Technik, die Wandlungen in der Organisation, die Einführung von Norm und Type und vor allem die häufig noch nicht voll erkannte ungeheure Not der Gegenwart.

Der Städtebau kann nicht einfach da anfangen, wo man vor 15 Jahren aufgehört hat (die Nazizeit stand außerhalb der logischen Entwicklung), er muß vorne beginnen.

Die Stadtplanung kann nur Erfolg haben, wenn sie aus der Zusammenarbeit zwischen Behörde und den beteiligten Berufen entsteht und von dem Interesse und dem Verständnis weiter Kreise der Bevölkerung gestützt wird. Ein gesunder Stadtorganismus läßt sich nicht erzwingen; für Kunstdiktatur ist im Städtebau kein Platz.

Rein künstlerische Einzelfragen können im Anfang der Entwurfsarbeit unbedenklich zurückgestellt werden. Der in der Allgemeinheit leider weit verbreiteten Auffassung, daß ein Hauptziel der Stadtbaukunst sei, Prachtstraßen und -plätze zu bauen, kann nicht scharf genug entgegengetreten werden. Stadtbaukunst ist nicht so sehr eine Frage der Geldmittel als der Organisation. Gebaut werden muß ja auf jeden Fall. Die Einführung einer städtebaulichen Ordnung aber bedeutet keineswegs Verteuerung, sondern auf weite Sicht Ersparnis und Beschleunigung.

Armut der Mittel ist kein Hindernis für stadtbaukünstlerisches Arbeiten, sondern nur die Armut der Gesinnung. Ein Viertel mit Kleinstwohnungen kann voll Schönheit sein; Einfachheit und Ehrlichkeit waren die Grundlagen aller großen Bauepochen. Nur der unsolide Bau, der mehr sein will, als er ist, wirkt immer häßlich und ist auf die Dauer auch der teuerste.

Die Ersparnisse, die durch Typisierung und Normung geeigneter Bauteile und Möbel sowie durch zweckentsprechende Organisation entstehen, gehen in die Milliarden. Wird davon nur ein Bruchteil für kleine künstlerische Zutaten (Plastiken, Schnitzereien, Frontmalereien) bereit gestellt, dann kann der Wiederaufbau der Anfang zu einer neuen, auf Bescheidenheit und Einfachheit gestützten Kultur werden.

In den Ruinen wächst wieder das Streben nach dem Schönen und Guten. Aus diesem Streben aber wachsen die Kräfte, die für eine Erneuerung der Stadtbaukunst aus alter Tradition und neuem Leben notwendig sind. Werden diese Kräfte richtig und zielbewußt eingesetzt und geführt, dann werden unsere zerstörten Städte im Lauf der Jahrzehnte in gesunderer und schönerer Form neu erstehen. Und das trotz aller Not der Gegenwart.



Ein an einem einzigen Tage erstelltes Wohnhaus

In Amerika wurde eine Maschine erfunden, die ein ganzes Wohnhaus in 24 Stunden aus der Form gießt. Die gewaltige fahrbare Maschine kann in vertikaler Richtung auf- und abbewegt werden. Für Türen und Fenster werden Lücken offen gelassen.

Das „Schaufenster Englands"

Londons Industrie-Ausstellung 1946

Zum erstenmal seit sieben Jahren wird England in einer großangelegten Ausstellung in London die neuesten Erzeugnisse seiner industriellen Werkstätten und Laboratorien der Welt vorführen. Am 24. September dieses Jahres wird im Viktoria- und Albert-Museum nach langer und sorgfältiger Vorbereitung und in enger Zusammenarbeit mit den einschlägigen Industrien die Ausstellung für industrielle Entwürfe eröffnet werden.

Die Ausstellung will eine Auslese englischer Erzeugnisse einem breiten Publikum aus dem In- und Ausland vor Augen führen. Die Auswahl wird sich nicht nur auf Erzeugnisse und Entwürfe beschränken, die bereits im Gebrauch sind, sondern auch solche Entwürfe einschließen, die der Produktion der nächsten Jahre zugrunde gelegt werden sollen; sie wird also eine Vorschau auf die künftige Entwicklung gewähren.

Die Ausstellung wird im Gegensatz zur früheren Praxis weitgehend von der Regierung finanziert. Industrien werden nicht, wie bei ähnlichen Anlässen, einen gewissen Ausstellungsraum mieten können; vielmehr wird die Ausstellung als Ganzes geplant und die zur Ausstellung gelangenden Erzeugnisse werden von einem besonderen Komitee bestimmt. Industriegruppen wie auch einzelne Industrien werden diesem Komitee die von ihnen zur Ausstellung vorgeschlagenen Erzeugnisse unterbreiten.

Kurze Kulturchronik

Der langjährige Direktor der Berliner Nationalgalerie, Geheimrat Prof. Dr. Ludwig Justi, vollendete am 14. März das 70. Lebensjahr. Justi übernahm 1900 die Leitung der Nationalgalerie, die er bis 1933 innehatte. Nach dem Wiederaufbau des Berliner Museumswesens ist der berühmte Kunsthistoriker erneut an maßgeblicher Stelle tätig.

„Das neue Dresden" heißt eine große Ausstellung, die am 23. März in der sächsischen Landeshauptstadt eröffnet wurde. Auf der Ausstellung werden Pläne, Entwürfe und Voranschläge zum Neuaufbau Dresdens der Öffentlichkeit unterbreitet.

Eine Originalstudie zu Anselm Feuerbachs berühmtem Gemälde „Medea" wurde in Magdeburg entdeckt, als eine Frau für 20 Mark verschiedene gerahmte Bilder aus einem Nachlaß kaufte, um mit dem Glas ihre Fensterscheiben zu reparieren.

Die berühmten barocken Plastiken des Dresdener Zwingers sollen nach ihrer Instandsetzung nicht mehr im Freien Aufstellung finden.

Eine „Kunstschule des Berliner Nordens" wird im früheren Verwaltungsgebäude der Schokoladenfabrik Trumpf in Berlin-Weißensee eröffnet. Vorgesehen sind Fachklassen für Malerei, Graphik, Bildhauerei, Keramik, künstlerische Metallbearbeitung, Textilkunstgewerbe, Modegestaltung und Fotokunst. Dem Lehrkörper werden ehemalige Professoren der Berliner Kunstakademie und eine Anzahl Berliner Künstler angehören.

Die Neuanmeldungen für das Sommersemester der Universität Köln, das vermutlich Ende April anlaufen wird, haben bereits am 2. März begonnen. Anmeldungen, die an das Sekretariat der Universität Köln zu richten sind, können noch bis zum 6. April vorgenommen werden. Bereits immatrikulierte Studenten müssen sich zwischen dem 11. und dem 23. März im Sekretariat der Hochschule melden, wenn sie auch das Sommersemester an der Kölner Universität verbringen wollen. Studenten, die die für ihr Studium vorgeschriebene Semesterzahl um zwei überschritten haben, können mit Rücksicht auf die beschränkten Zulassungen nicht mehr immatrikuliert werden.

Die feierliche Eröffnungs- und Gründungsfeier der Aachener Volkshochschule findet am 18. März statt. Das Vorlesungsverzeichnis umfaßt 38 Dozenten mit 48 Vorlesungen pro Woche.

6000 Anmeldungen liegen bereits bei der Universität Tübingen für das Sommersemester 1946 vor. Neuzulassungen werden nur entsprechend den Abgängen genehmigt. Von den 3000 deutschen und 1000 ausländischen Hörern des laufenden Semesters werden schätzungsweise nur 250 ausscheiden.

Die Medizinische Fakultät der Universität Freiburg hat wegen bedenklicher Überfüllung des Arztberufes für das Sommersemester 1946 den Neuzugang zum ersten Semester des Medizinstudiums ausnahmslos gesperrt. Für Vorkliniker bis zum Physikum stehen nur 400 Plätze, für Kliniker etwa 250 bis 300 Plätze zur Verfügung, die durch die bereits Immatrikulierten besetzt sind.

Volkshochschulen werden nach einem Befehl der sowjetischen Militärverwaltung in den großen Städten der russischen Zone eingerichtet. Die Gesamtleitung soll in Händen der deutschen Zentralverwaltung für die Volksbildung in den Sowjetzone liegen. Aufbau der Schulen für 1946, Bestimmung des Lehrpersonals und Beschaffung von Räumen und Unterrichtsmitteln soll jedoch Angelegenheit der Präsidenten der Länder und Provinzen sein.

Sämtliche während des Nazi-Regimes verliehene Titel und Auszeichnungen wie Staatsschauspieler, Kammersänger, Staatskapellmeister usw. sind jetzt nach einer Verfügung des thüringischen Landespräsidenten für ungültig erklärt worden und dürfen nicht mehr geführt werden.

Enrica von Handel-Mazetti wurde vom österreichischen Landtag ein Ehrensold zuerkannt.

Der gegenseitige Austausch von Büchern ist als erster Schritt zur Wiederaufnahme des österreichisch-schweizerischen Kulturaustausches anzusehen. Nach dem Besuch einer schweizerischen Kulturdelegation in Wien sind auf diesem Gebiet weitere Maßnahmen in Vorbereitung. So wird im Laufe dieses Jahres das Ensemble des Theaters in der Josefstadt, Max Reinhardts alter Wirkungsstätte, in Zürich ein Gastspiel geben, während das Züricher Schauspielhaus in Wien spielen wird. Außerdem ist von österreichischer Seite eine Kunstausstellung in Zürich geplant, auf der unter anderem wertvolle Gemäldesammlungen von Rembrandt und Dürer gezeigt werden sollen.

Kasimir Edschmid hat soeben einen Roman „Das gute Recht" fertiggestellt, der in den letzten Jahren des „Dritten Reiches" spielt.

Alfred Döblin, der durch sein Buch „Berlin-Alexanderplatz" bekannt geworden ist, hat sich in Baden-Baden den französischen Militärbehörden zur Lösung kultureller Aufgaben zur Verfügung gestellt.

Zwei weitere bayrische Verlage, der Münchener Verlag „Das Silberboot" und der Buch- und Kunstverlag von Dr. Josef Habbel in Regensburg, erhielten jetzt von der Militärregierung die Druckerlaubnis.

Dem Verlag Dumont-Schauberg in Köln wurde jetzt durch die Militärregierung ein Treuhänder bestimmt, der das Unternehmen in ihrem Auftrag weiterführt. Der Besitzer Dr. Kurt Neven-Dumont, dessen Vermögen beschlagnahmt wurde, war Mitglied der NSDAP.

Eugen Klöpfer wurde in St. Anton in Tirol verhaftet, wo er sich bis jetzt verborgen gehalten hatte. Er war Generalintendant der Berliner Volksbühne.

Briefe an die NWZ

Sommerzeit oder nicht?

In der Ausgabe der NWZ. vom 5. März fragt ein Leser an, ob es angebracht sei, die deutsche Sommerzeit beizubehalten. Ich halte es für unbedingt erforderlich, die Sommerzeit wieder einzuführen, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn ein Gewerbetreibender oder Arbeiter um 6 Uhr aufsteht und neun Stunden arbeitet, so hat er bei zweistündiger Mittagspause um 18 Uhr Feierabend. Er hat dann Gelegenheit, sich im Frühsommer abends etwa zwei Stunden in seinem Garten zu beschäftigen, zu säen, zu pflanzen usw., er versorgt sich auf diese Weise selbst mit Gemüse, evtl. Kartoffeln, und entlastet so den Markt. Im Hochsommer, wenn es bis 22 Uhr hell ist, kann er ernten und für den Winter vorsorgen. In der augenblicklichen Notzeit ist das eine unerläßliche Pflicht. Der Bauer jedoch wird seine Zeit selbst einteilen.

Wilhelm Deitenbach, Iserlohn.

Die Sommerzeit wurde unter der Herrschaft des Nationalsozialismus auch als eine wirtschaftliche Maßnahme eingeführt, um die Arbeitskraft des deutschen Volkes in äußerster Weise anzuspannen. Abgesehen von der ablehnenden Haltung eines beträchtlichen Teiles der Bevölkerung, auf die der Briefschreiber in Nr. 76 mit Recht hinwies, war aber die Sommerzeit von keinem Nutzen für die Kinder.

Wenn im Sommer die Tage lang waren, war die Gelegenheit für die Kinder sehr groß, möglichst bis zur Dämmerung (10 Uhr) auf der Straße zu bleiben. Die Unvernunft und Gleichgültigkeit mancher Eltern unterstützte dieses Bestreben der Kinder. Am nächsten Tage aber mußten die Kinder eine Stunde eher gegenüber der normalen Zeit aufstehen. Die Folge war, daß der Körper der Kinder nicht genügend ausgeruht war. Es kann nicht eingesehen werden, welchen außergewöhnlichen Nutzen die Einführung der deutschen Sommerzeit gebracht hat.

Paul Sank, Iserlohn.

Zum Thema „Deutsche Sommerzeit" fragt Herr H. Maaß: „Wo steckt der Nutzen der DSZ.?" Antwort: Der „Nutzen" (lies Schaden) liegt in der verkürzten Nachtruhe. Denn wegen der Fliegen ist vor dem Dunkelwerden um ½11 Uhr an Schlaf kaum zu denken, und in der Frühe, wenn es kühl geworden und man noch schlafen könnte, ruft die Pflicht. Für uns auf dem Lande bedeutet die DSZ. nur eine Störung in unseren althergebrachten Gewohnheiten und eine Störung im Verkehr mit unserer Umwelt, die sich wohl oder übel der Anordnung fügen muß. Warum hat man früher nicht die DSZ. eingeführt? Weil früher die Wissenschaftler dem Leben auf dem Lande viel näher standen und zum Teil selbst vom Lande kamen und somit aus eigener Anschauung das Unangebrachte einer solchen Zeitverschiebung erkannten. Jos. H. Hohaus, Recklinghausen.

„Was sagt dazu der Bauer?"

In der NWZ. vom 26. Februar wurde unter dieser Überschrift mal wieder dem Bauern das Hamstern bzw. das Tauschgeschäft mit den Geschäftsleuten zur Last gelegt. In manchen Fällen mag das berechtigt sein, denn daß es Bauern gibt, die mit ihren Erzeugnissen Schiebungen machen, ist nicht abzuleugnen. Allerdings bilden sie — auf die Gesamtheit bezogen — nur einen geringen Prozentsatz. Leider gibt es Menschen, die aber dann gleich den ganzen Bauernstand verurteilen. Hört und liest man doch zu oft, wie über den Bauern verächtlich gesprochen wird, sei es aus Dummheit und Unkenntnis oder aus Mißgunst.

Man ist der Meinung, der Bauer ist der, der alles hat und alles geben kann. Wüßte mancher, welchen Schwierigkeiten der Bauer heute in der Beschaffung der Nahrungsmittel gegenübersteht, so stünde es anders mit der öffentlichen Meinung. Es dürfte auch jeden bekannt sein, daß der Bauer nicht tun und lassen kann, was er will, sondern daß ihm Grenzen gesetzt sind, sei es durch die verstärkte Ablieferung, sei es durch die Kontrollen, die, von irgendwo geschickt, den Bauern von A bis Z revidieren.

Es geht heute nicht darum, dem Bauern dies oder jenes vorzuwerfen, vielmehr möge jeder auf seinem Platz in gerechter Weise seinen Pflichten nachkommen und somit beitragen zum Wohle aller, dann ist jegliches Meckern unnötig.

Felix Engelbert, Brochterbeck.

Nochmals: Gegen den Kitsch

In Nr. 76 der NWZ. wurde unter der Überschrift „Gegen den Kitsch" sogenannte „Ölgemälde" und deren Preise geschrieben, mit Recht wurde erwähnt, wie es möglich ist, heute ungehindert den Volksgenossen das Geld aus den Taschen zu stehlen. Bei einem Besuch einer Kunsthandlung habe ich vor einigen Wochen einen Bronzeguß (Fohlen, etwa 28 cm hoch) zu einem Phantasiepreis von 1800 Mark gesehen. Als ich dem Kunsthändler über die Unverschämtheit eines solchen Preises Vorhaltungen machte, wurde mir gesagt, ich solle doch froh sein, daß eine Zeit gekommen sei, wo auch der Künstler Preise fordern könne ... Der Schreiber des Artikels „Gegen den Kitsch" hat vollkommen recht, wenn er fragt: Wo bleiben die Männer, die den Herstellern solchen Kitsches auf die Finger klopfen?

Richard Wardetzki, Siegen.

Ein Wort an die Radfahrer und Fußgänger

So wie Herr Josef Balzer in der Nr. 74 der NWZ. im Namen vieler Radfahrer und Fußgänger spricht, so spreche ich heute im Namen vieler Kraftfahrer.

Liebe Radfahrer und Fußgänger! Ihr verlangt Rücksicht von den Kraftfahrern. Könnt ihr euch aber vorstellen, wie einem Kraftfahrer am Lenkrad zumute ist, wenn er sich, wie in den meisten Fällen, einen Weg durch ein Gewühl von wahllos daherfahrenden Radfahrern und unaufmerksamen Fußgängern bahnen muß? Freilich, auch wir können verstehen, daß es sich auf einer glatten Straße besser läuft und fährt und daß man einen etwas schmutzigen Straßenrand nach Möglichkeit meidet. Man läuft auch lieber auf der Straße, als daß man sich in der Dunkelheit auf einem schmalen Bürgersteig an der Bordkante oder einem Schutthaufen den Fuß vertritt.

Alles das ist einleuchtend, aber ist es denn zu viel verlangt, wenn ein Radfahrer oder Fußgänger schon allein seiner Sicherheit halber bei der Annäherung eines Kraftwagens rechtzeitig die Fahrbahn freigibt? Ist es denn notwendig, daß immer noch zwei, drei oder mehr Radfahrer nebeneinander die Fahrbahn benutzen müssen? Warum dreht sich denn der größte Teil dieser Verkehrsteilnehmer um, wenn der Kraftfahrer ein Warnsignal gibt? Wäre es nicht besser, sich sofort an die rechte Straßenseite zu begeben, ohne sich vorher umzuschauen, denn es kann ja nur ein Kraftfahrzeug kommen, oder haben Pferdefuhrwerke neuerdings auch Hupen? Warum hat der größte Teil der Radfahrer nachts auf der Straße kein Licht oder „Katzenauge" am Fahrrad?

Die Schlußfolgerung wäre meiner Ansicht nach: Wir einigen uns und nehmen getreu dem § 1 der Straßenverkehrsordnung Rücksicht aufeinander, denn dort steht: Jeder Teilnehmer am öffentlichen Straßenverkehr hat sich so zu verhalten, daß der Verkehr nicht gefährdet werden kann, er muß ferner sein Verhalten so einrichten, daß kein anderer geschädigt oder mehr, als nach den Umständen unvermeidbar, behindert oder belästigt wird.

Fritz Wachter, Bielefeld.

Ein Urteil über die „Briefe an die NWZ."

Als ich die Rubrik „Briefe an die NWZ." vor längerer Zeit zum ersten Male zu Gesicht bekam, dachte ich, daß es sich hier wohl wieder um einen der üblen Propagandatricks handeln würde, wie sie uns ja noch von früher hinlänglich bekannt sind. Inzwischen hat sich meine Meinung aber grundlegend geändert. Ich habe erkannt, daß diese Briefe wirklich das sind, was sie sein sollen, nämlich eine Gelegenheit, einmal frei und offen seine Meinung zu äußern. Alle diejenigen, denen die Worte „Redefreiheit" und „Pressefreiheit" keine leeren Begriffe sind, müßten diesen Meinungsaustausch freudig begrüßen und regen Gebrauch davon machen, denn er ist wirklich ein großer Schritt vorwärts auf dem noch vor uns liegenden langen Wege der wahren Demokratie.

Wilfried Schoppmann, Herten.

Wäre es nicht möglich ...?

Zu der Notiz Baumwollieferung aus USA. in der NWZ. vom 1. März 1946 möchte ich folgendes bemerken: Mit ganz besonderem Interesse werden alle Hausfrauen diese Meldung, die eine erstmalige Sendung von 10 000 Tonnen Rohbaumwolle verspricht, gelesen haben. 60 Proz. von den daraus hergestellten Fertigwaren sollen in Deutschland bleiben. Wäre es nicht möglich, neben Säcken und Berufskleidung auch Nähmittel herzustellen und so zur Verteilung zu bringen, daß sie nicht auf dem „Schwarzen Markt" verschwinden?

Marie-Luise Wien, Warendorf.

(Die in der NWZ. veröffentlichten Briefe geben der Leserschaft die Möglichkeit der freien Meinungsäußerung, ohne daß die Schriftleitung sich mit Inhalt und Form der veröffentlichten Briefe identifiziert.)

Futter für gewerbliche Fuhrhaltung

Es ergeht noch einmal die dringende Aufforderung, Futtergetreide und Rauhfutter beschleunigt abzuliefern. Durch den großen Mangel an Treibstoffen und Reifen und durch die Überlastung der vorhandenen Kraftfahrzeuge sind der gewerblichen Fuhrhaltung große Aufgaben erwachsen. Sie muß in vielen Fällen einen beträchtlichen Teil der Transportleistung übernehmen, die sonst dem Lastkraftfahrzeug zufielen. Das gilt in erster Linie für die Lebensmittelversorgung der Großstädte und des Industriegebietes.

Der Bedarf an Pferdefutter für diesen Zweig des Transportgewerbes kann aus den bisherigen Ablieferungen an Hart- und Rauhfutter kaum gedeckt werden. Der Vergleich der bisher abzuliefernden Menge mit den Kontingentszahlen zeigt, daß offensichtlich noch große Mengen an Hafer, Heu und Stroh beim Erzeuger zurückbehalten werden. Es soll zwar nicht verkannt werden, daß die schlechte Witterung des Herbstes die Ernte sehr nachteilig beeinflußt hat. Trotzdem haltet kein Rauhfutter und kein Futtergetreide zurück, damit die Transportwirtschaft nicht zum Erliegen kommt. Ihre Bedeutung für die Ernährung der Bevölkerung ist zu groß.

Reichsstützungen

Die britische Militärregierung hat entschieden, daß vorläufig, und zwar zunächst für das Geschäftsjahr 1945, die Reichsstützungen, die als Milchprämie, als Futterdruschprämie, als Frachtzuschuß und in vielerlei anderer Form an die Erzeuger ausgezahlt wurden, weiter gezahlt werden. Träger der Zahlungsaktion ist die Provinz Westfalen. Durch sie werden auch Rückstände aus der Zeit vor dem Zusammenbruch ausgezahlt. Bis Anfang Februar erreichten die insgesamt erforderlichen Zahlungen eine Höhe von 53 Millionen RM., die in der Hauptsache für Zuschüsse auf den Gebieten der Getreide-, Vieh- und Milchwirtschaft verwendet wurden.

Mückenbekämpfung

Nach den Erfahrungen des vergangenen Jahres ist im kommenden Sommer mit einer noch größeren Mücken- und Insektenplage zu rechnen, wenn nicht energische Maßnahmen zu deren Bekämpfung ergriffen werden. Die Fliegen und Mücken bewirken nicht nur eine quälende Belästigung und Störung der Nachtruhe, sondern sie spielen auch als Krankheitsüberträger eine große Rolle. Jetzt in der kalten Jahreszeit, da sie erstarrt an den Wänden sitzen, ist es leicht, sie in ihren Schlupfwinkeln in den Kellerräumen zu vernichten. Die Bevölkerung wird gebeten, in Selbsthilfe — z. B. durch Abbrennen — den Kampf gegen die Mückenplage aufzunehmen.

Herstellung von Stickstoffdünger

Die Verarbeitung von Ammoniak zu Stickstoffdünger soll in Höchst noch in diesem Monat aufgenommen werden, nachdem das Werk Höchst der IG. Farbenindustrie AG. mit Einverständnis der amerikanischen Militärregierung aus dem Beschlagnahmekomplex herausgelöst ist und in seiner Produktion umgestellt wird. Die Erzeugungskapazität des Werkes an Reinstickstoff in Salpeterform wird mit jährlich 60 000 Tonnen angegeben.

Probleme der Pferdezucht

Auf Einladung der Deutschen Zentralstelle für Ernährung und Landwirtschaft in Obernkirchen fand vor kurzem unter Teilnahme von Vertretern des britischen Hauptquartiers eine wichtige Tagung der Vorsitzenden und Geschäftsführer der Pferdezuchtverbände in der britischen Zone und der Landstallmeister statt.

Besprochen wurden die aktuellen Probleme der Pferdezucht. Die Warmblutzucht hat in der britischen Zone zahlenmäßig etwa den gleichen Umfang wie die Kaltblutzucht. Ähnlich wie im Jahre 1918 sieht sie sich auch heute, nachdem ihre besonderen Aufgaben im Dienste der Landesverteidigung für die Zukunft fortfallen, vor der Aufgabe, durch eine Verstärkung ihres Typs ihre Stellung im landwirtschaftlichen Betrieb zu halten. Die Berichte der Warmblutzuchtverbände zeigten, daß man auch mit der allmählichen Auflockerung der bisherigen Warmblutzuchtgebiete rechnet, durch die jedem Bauern die Möglichkeit gegeben werden soll, das Pferd zu züchten und zu halten, mit dem er wirtschaftlich am weitesten zu kommen glaubt.

Die Warmblutzucht ist der Auffassung, daß gerade in den jetzigen und kommenden futterknappen Zeiten das Warmblutpferd seine Stellung annähernd halten, ja in vielen Betrieben neu erobern wird. Die Kaltblutzucht hat in ihrem wichtigsten Zuchtgebiet, der Nord-Rheinprovinz, erhebliche Ausfälle durch das Kriegsgeschehen erlitten, sieht jedoch ihrer weiteren Entwicklung mit Ruhe entgegen, zumal gerade auch in der britischen Zone eine starke Nachfrage nach schweren Pferden besteht.

Die Viehzählungsergebnisse vom 3. Dezember 1945 zeigen in fast allen Gebieten ein günstiges Bild von dem Stand der Pferdezucht, lassen es jedoch als notwendig erscheinen, wie bisher einen Ausgleich zwischen den Bedarfs- und Überschußgebieten herbeizuführen.

Von besonderer Bedeutung waren die Verhandlungen über die Organisation der Pferdezucht in der britischen Zone, die jedoch noch nicht zum Abschluß gekommen sind. Es ist damit zu rechnen, daß in nächster Zeit, ähnlich wie bei den anderen Tiergattungen, auch in der Pferdezucht ein organisatorischer Zusammenschluß der Zuchtverbände in der britischen Zone erfolgt.

Beschlagnahme von Hamstergut

Schwarzhändler und Hamsterer gefährden die Versorgung der Allgemeinheit aufs schwerste. Das weiß jeder, nur für ihre eigene Person wollen es viele nicht wahr haben.

Sie nehmen, was sie kriegen können. Überlaufen die landwirtschaftlichen Betriebe, verleiten die Bauern zu Verstößen gegen die Ablieferungsbestimmungen und belasten die Eisenbahn, wo sie den Berufsverkehr aufs empfindlichste stören. Zu ihrer Bekämpfung ist neben Polizei und Gendarmerie die Überwachungsabteilung des Landesernährungsamtes eingesetzt. Meist arbeiten die Beamten in Kolonnen und in besonderem Auftrage, der etwa dahin lautet, eine bestimmte Straßenkreuzung zu besetzen und dort alle Fahrzeuge und alle verdächtigen Passanten anzuhalten und zu kontrollieren.

Schwarzhandels- und Hamsterware wird sichergestellt. Der Betroffene erhält eine entsprechende Bescheinigung und später eine Mitteilung, die die Beschlagnahmeverfügung enthält. Das beschlagnahmte Gut wird auf dem schnellsten Wege dem normalen Verbrauch wieder zugeführt.

In der Bevölkerung ist vielfach die Frage aufgetaucht, ob auch einzelne Beamte in Ausübung ihres allgemeinen Dienstes berechtigt sind, die Öffnung von Koffern, Paketen und dergleichen zu verlangen und Waren, bei denen der Verdacht besteht, daß sie als Schwarzhandels- oder Hamstergut anzusprechen sind, sicherzustellen. Diese Frage ist in jedem Falle zu bejahen. Durch besondere und ausdrückliche Verfügung der Regierungspräsidenten ist allen Polizeibeamten zur Pflicht gemacht worden, einem Verdacht auf Schwarzhandel oder Hamsterei sofort und unter allen Umständen nachzugehen und derartiges Gut sicherzustellen.

Jeder Polizeibeamte, der zu beliebiger Zeit und an beliebiger Stelle das Öffnen von Gepäckstücken und dergl. verlangt, handelt also pflichtgemäß. Seiner Aufforderung muß unter allen Umständen Folge geleistet werden. Das gleiche gilt für die an einer weißen Armbinde mit der Aufschrift „Der Oberpräsident — Landesernährungsamt — Überwachungsabteilung" — kenntlichen Überwachungsbeamten mit besonderem Auftrage. Diese sind speziell für die Bekämpfung des Schwarzhandels- und Hamstererunwesens eingesetzt.

Neumann-Preis für Dr. Litzendorff

Die Arbeitsgemeinschaft zur Förderung von Wissenschaft und Technik in der Getreideverarbeitung hat in diesem Jahre den von ihr gestifteten Neumann-Preis Dr. Jakob Litzendorff, Düsseldorf, verliehen. Dieser Preis wird in Erinnerung an den Altmeister der deutschen Getreide-, Mehl- und Brotwissenschaft, Prof. Neumann, an hervorragende Wissenschaftler auf diesen Fachgebieten verliehen. Dr. Litzendorff war der erste, der vor 40 Jahren bereits wesentlich zur Verbesserung der Backfähigkeit der Weizenmehle durch Beimischung von Malzmehl, die heute in der gesamten Müllerei der Welt üblich ist, beigetragen hat. Er ist weiterhin in den letzten Jahren durch interessante Arbeiten auf dem Vitamingebiet bei Mehl und Brot bekannt geworden.

Sport der NWZ

Fußballergebnisse vom Sonntag, den 17. März

Westfalen — Rheinland 3:2 (1:1); Eintracht Braunschweig — Schalke 04 1:2 (1:0).

VSV.-Kreisliga (Volkssportverband): Arminia Marten — VfL. Witten 1:1 (1:0); Preußen Bochum — Lünen Sportverein 4:2.

Bezirksklasse Gelsenkirchen: TuS Hessler — VFB Gelsenkirchen 1:1 (abgebrochen); Schwarz-Gelb Gladbeck — Preußen Gladbeck 4:0; Fortuna Bottrop — VfB Bottrop 2:1 (1:1); Rhenania Bottrop — Bottrop 1911 3:0; SC Gelsenkirchen 07 — VfL Resse 08 3:1 (1:0); Westfalia Kamen — Borussia Dortmund 3:9 (1:4).

Bezirksklasse Recklinghausen: Union Recklinghausen — Spiel und Sport 13 0:6; Südstern Herten — Scherlebeck 1:9.

Verkürzte Spielzeit?

Eine Kürzung der Spielzeit im Fußball und Handball ist auf einer Tagung der Kreissportvertreter von Hamburg, Schleswig-Holstein und Nordhannover angeregt worden. Es soll geprüft werden, ob bei der jetzigen Ernährungslage die Aufrechterhaltung der normalen Spielzeiten gesundheitlich noch tragbar ist.

Nuvolari wieder am Volant

Italiens bekanntester Autorennfahrer Tazio Nuvolari wird demnächst wieder einen Rennwagen steuern. Er startet im Mai mit einem 3,8-Liter-Maserati im „Großen Preis von Indianapolis".

Pariser Sechstagerennen vom 19.—25. März

Das erste Pariser Sechstagerennen nach dem Kriege wird mit Bestimmtheit vom 19.—25. März stattfinden. Da die Rennfahrer nach der neuen Bestimmung für ihre Verpflegung selbst zu sorgen haben, wird man erstmals ihre Frauen oder Bräute in den Kabinen bei der Zubereitung des Essens sehen.

Das Feld wird 15 Mannschaften stark sein. 10 französischen Paarungen werden 5 ausländische gegenüberstehen, darunter die hervorragenden Holländer Schulte/Boyen, die Belgier de Bruycker/Bruneel, die Schweizer Brüder Weilemann, der Schweizer Kubler, der Belgier Kaers. An französischen Mannschaften sind Lapebie, Séres, Godeau/Dousset, Ignat/Prat, Landrieux/Le Bouleh die stärksten.

Oxford — Cambridge

Für das traditionelle Bootsrennen Oxford — Cambridge am 30. März gelten die körperlich stärkeren Cambridge-Ruderer als Favoriten. Aber auch Oxford rechnet sich eine gute Chance aus und hat jetzt bekanntgegeben, daß es mit dem leichtesten Boot starten wird, das jemals in einem solchen Rennen eingesetzt wurde.

Von den 30 besten Mittelstrecklern sind 21 Schweden

Es sind nicht nur die berühmten Namen eines Gunnar Haegg und eines Arne Andersson, die Schweden zu dem Ruf verholfen haben, das Land der besten Mittelstreckler der Welt zu sein. Auch Strand, Gustafsson, Person, Lundin sind mehrfach in der Liste der zehn Besten der Welt vertreten. Insgesamt rangieren 21 Schweden unter den 30 besten Läufern über 800 m, 1500 m und die Meile.

Über 800 m erreichte der Finne Storskrubb vor einem Dänen, einem Franzosen, einem Italiener und sechs Schweden mit 1:49,3 Min. die beste Zeit. Es folgen: der Däne Holst-Sörensen (1:49,4), der Schwede Liljekivist (1:49,4) und der Franzose Hansenne (1:50,2). Mario Lanzi (Italien) steht mit 1:51,2 an 10. Stelle. Über 1500 m und die Meile liegen Andersson und Haegg an der Spitze. Andersson lief 1500 m in 3:45,0 Min., und nur zwei Zehntel Sekunden länger ist die Zeit von Haegg. Über eine Meile rangiert Haegg mit 4:01,4 vor Andersson mit 4:02,8. Persson (Schweden) hält zweimal den 3. Rang (3:46,2 und 4:03,8). Ebenfalls zweimal erscheinen die Namen von Strand-Schweden (3:47,0 und 4:04,8), Wooderson-England (3:48,4 und 4:04,2), Gustafsson-Schweden (3:49,2 und 4:05,8) und Hansenne-Frankreich (3:49,4 und 4:08,2).

AMTLICHE BEKANNTMACHUNGEN

Provinz Westfalen, Schaumburg-Lippe und Lippe-Detmold. Benutzungsbescheinigung für nichtmilitärische Kraftfahrzeuge. 1. Mit Wirkung vom 1. April 1946 verlieren die „E.S."-Scheine für nichtmilitärische Kraftfahrzeuge (Military Government Essential Services Label) ihre Gültigkeit. 2. An die Stelle des „E.S."-Scheines tritt eine Benutzungsbescheinigung (Permit), die vom Finanzamt erteilt wird. 3. Benutzungsbescheinigungen werden in zwei Arten ausgegeben: a) Mit dem Buchstaben „F" in grüner Farbe für steuerpflichtige Fahrzeuge gemäß Gesetz Nr. 14 des Kontrollrates — Abänderung der Kraftfahrzeugsteuer, b) Mit dem Buchstaben „Z" in grüner Farben für steuerfreie Fahrzeuge. Benutzungsbescheinigungen sind nur gültig mit dem Stempel des Finanzamts und des Fahrbereitschaftsleiters. 4. Anträge auf Ausstellung neuer Benutzungsbescheinigungen sind von den Haltern der Kraftfahrzeuge ab 1. März 1946 bei dem Fahrbereitschaftsleiter des Ortes zu stellen, an dem das Kraftfahrzeug gehalten wird. Gleichzeitig mit dem Antrag sind einzureichen: a) der alte „E.S."-Schein zur Ungültigmachung (falls ein „E.S."-Schein für das Kraftfahrzeug erteilt worden ist); b) das Fahrtenbuch; c) der nach deutschem Recht erforderliche Versicherungsschein; d) der Kraftfahrzeugschein oder, falls dieser nicht vorhanden ist, die Bescheinigung der Militärregierung über die Registrierung und des Eigentums; und e) falls im Besitz des Halters, der Kraftfahrzeugbrief. 5. Falls dem Antrag stattgegeben wird, erhält der Halter von dem Fahrbereitschaftsleiter eine Bescheinigung darüber. Diese Bescheinigung hat der Halter mit der Zahlung der Kraftfahrzeugsteuer bei dem Finanzamt seines Wohnsitzes abzugeben, wogegen er die Benutzungsbescheinigung erhält. 6. Alle in der britischen Zone zugelassenen nichtmilitärischen Kraftfahrzeuge haben vom 1. April 1946 ab eine der oben angegebenen Benutzungsbescheinigungen auf der Windschutzscheibe an der dem Fahrer entgegengesetzten Seite zu tragen. Bei Fahrzeugen ohne Windschutzscheibe ist die Benutzungsbescheinigung so anzubringen, daß sie von vorn deutlich sichtbar ist. Außer auf Anordnung der Militärregierung dürfen keine anderen Scheine an der Windschutzscheibe eines nichtmilitärischen Kraftfahrzeuges, das in der britischen Zone zugelassen ist, angebracht werden. 7. Der Besitz einer Benutzungsbescheinigung befreit nicht von örtlichen oder allgemeinen Einschränkungen in der Benutzung einer Straße. 8. Der Verlust einer Benutzungsbescheinigung ist unverzüglich der deutschen Polizei zu melden. 9. Alle Benutzungsbescheinigungen sind nach Ablauf der ausstellenden Behörde zurückzugeben. 10. Die Vorschriften dieser Bekanntmachung finden auf Angehörige der alliierten Nationen, die nichtmilitärische Fahrzeuge im Interesse der alliierten Streitkräfte rechtmäßig benutzen keine Anwendung. 11. Fahrzeuge die entgegen den Vorschriften dieser Bekanntmachung benutzt werden, können auf Anordnung eines Offiziers der Militärregierung beschlagnahmt werden. 12. Der Halter und der Fahrer eines Kraftfahrzeuges, das entgegen den Vorschriften dieser Bekanntmachung benutzt wird, werden, wenn sie von einem Gericht der Militärregierung für schuldig befunden sind, zu einer von diesem Gericht zu bestimmenden Strafe verurteilt. Die Todesstrafe kann nicht verhängt werden. Auf Einziehung des Fahrzeuges kann erkannt werden. 13. Diese Bekanntmachung tritt am 1. April 1946 in Kraft.

Im Auftrage der Militärregierung.

Amtsgericht Bocholt. Die Ehefrau Hedwig Vennes geb. Inderfurth, in Bocholt, Franzstraße 43, hat bei dem Amtsgericht in Bocholt beantragt, ihren Ehemann, den verschollenen kaufm. Angestellten Paul Vennes, geb. am 6. 7. 1916, zuletzt wohnhaft in Bocholt, für tot zu erklären. Der Verschollene wird aufgefordert, sich spätestens in dem auf den 14. Juni 1946, 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Bocholt, Zimmer 14, anberaumten Aufgebotstermin zu melden, widrigenfalls die Todeserklärung erfolgen wird. An alle, die Auskunft über den Verschollenen geben können, ergeht die Aufforderung, spätestens im Aufgebotstermin dem Gericht Anzeige zu machen.

Rhede. Öffentliche Steuermahnung. Steuerpflichtige, die mit der Zahlung der am 15. 2. 46 fällig gewordenen Grundsteuer für das Rechnungsjahr 1945 noch im Rückstande sind, werden ersucht, die Rückstände innerhalb 3 Tagen bei der Amtskasse Rhede zu entrichten, andernfalls sie im Wege des Verwaltungszwangsverfahrens eingezogen werden. Diese öffentliche Mahnung tritt an die Stelle der Einzelmahnung durch Mahnzettel.

Amtskasse Rhede als Vollstreckungsbehörde.

Kirchliche Nachrichten

Bocholt. Ev. Kirche. Sonntag: 8 Uhr Deutsche Messe, 9.30 Uhr Predigt-Gottesdienst, 10.45 Uhr Kindergottesdienst, 11.30 Uhr Taufen. In der Woche: Deutsche Messe: mont. u. donnerst. 8.30 Uhr, dienst. u. freit. 6.45 Uhr, mittw. u. samst. 6 Uhr. Mittwoch, 20 Uhr, Passionsandacht. Donnerstag 19 Uhr Christenlehre.

Geschäftsanzeigen

Dr. med. Max Wülfing, Facharzt für Chirurgie, Borken, Lange Wiege 18, Ruf 225, Sprechstunden v. 10.30 bis 12.30 Uhr. Alle Kassen. +

Dr. med. Karl Meisohle, prakt. Arzt, Ramsdorf, Lange Str., bei Küster Hummels. Praxis wieder aufgenommen. Sprechstunden 8—10 u. 12 bis 13 Uhr. +

Dr. med. Eversmann, prakt. Arzt, Sprechstunden 8.30—10.30 Uhr bei B. Sicking, Bahnhof Reken. Privatwohnung Klein-Reken, Forsthaus Witte. +

Dr. med. Reygers, Arzt, Bocholt, Bismarckstr. 13. Sprechst. 9—12 Uhr. Zu allen Krankenkassen zugelassen.

Dr. med. vet. Josef Voß, Rhede, Kirchplatz 2. Habe mich in Rhede als Tierarzt niedergelassen.

Zahnarzt Terlunen, Heiden. Sprechst. 9—12 u. 15—17 Uhr, außer Mittwoch und Samstag nachmittag. +

Café Hüning (Tonwerke) ab 6. 3. 1946 wieder durchgeh. geöffnet. Bocholt, Ziegelheide 233.

Habe Geschäft und Reparaturwerkstatt von Blücherstr. 85 nach Sachsenstr. 122 verlegt. Schuh-Böcker, Reparatur, Fußpflege, Bocholt, Sachsenstr. 122. Reparaturannahme montags von 10—18 Uhr, Reparaturausgabe samstags von 10—13 Uhr.

Zwecks Eintragung in die neu angelegte Kundenkartei wird meine Kundschaft gebeten, die Haushaltskarte mitzubringen. Schuh-Böcker, Reparatur, Fußpflege, Bocholt i. W., Sachsenstr. 122.

Dauerwellen-Anmeldungen werden täglich entgegengenommen. Damensalon Riediger-Ulick, Velen, Gartenstr. 112.

Flüssige Seife vorrätig. Drogerie Feldmann, Bocholt, Marktplatz.

Gelegenheitsanzeigen

Trabrennen Gelsenkirchen, Sonntag, d. 24. 3., Beginn 14 Uhr, 7 Rennen.

Kleiner Raum Clasing, Münster, Tannenbergstr. 28, Nähe Kanal. u. Kettelerstr. Bis 6. April Ausstellung Paula Modersohn-Becker, H. Nauen, Karl Hofer, Otto Pankok, Chs. Rohlfs. Geöffnet 10—17 Uhr, sonntags 11—13 Uhr. Eintritt 2 RM. +

Sparkasse der Stadt Bocholt. Betr. Satzungsänderung. Der § 27, Abs. 2, Satz 1 der Satzung der Sparkasse der Stadt Bocholt erhält folgende Fassung: Gegen einfachen Schuldschein ohne weitere Sicherheit dürfen Darlehen im Einzelfalle bis zu 10 000 RM, nur auf Grund eines einstimmig gefaßten Beschlusses des Kreditausschusses oder des Vorstandes bewilligt werden; sie sind jederzeit fristlos kündbar.

Junger Mann vom Lande, der mit Pferden umgehen kann, für die Landw. ges. Bernhard Isking, Hemden 2.

Zwei junge Leute, die mit Pferden umgehen können, mögl. vom Lande, auch Ostfl., ges. Josef Honsel, Stenern 37.

Suche tücht. Steinmetzgesellen für Grabsteingeschäft. Schröder, Lünen, Münsterstr. 58.

Ein Junge aus der Landw., 14—16 J., zum bald. Eintritt für die Landw. ges. BB 1978 NWZ, Oelde.

Tücht. Stellmachergeselle ges. in ländl. Gegend. Kost und Logis werden geboten. BB 1974 NWZ, Oelde.

Die Firma Baumwollspinnerei Gronau in Gronau bietet Fleyerinnen u. Ringspinnerinnen Gelegenheit zur Arbeit. Für Heimverpflegung und Unterkunft ist gesorgt. Meldungen beim Arbeitsamt Bocholt, Polizeigebäude, Münsterstr., Zimmer 16, erbeten.

Hausgehilfin, ehrlich und zuverl., in Küche und Haush. erf., die zu Hause schlafen kann, sofort ges. Dr. Schmitt, prakt. Arzt, Bocholt, Osterstraße 69.

Tücht. Mädchen zum 1. 4. ges. E 2333 NWZ, Borghorst.

Verkäuferin, welche in der Lebensm.- oder ähnl. Branche tätig war, wird für baldigst nach Bocholt ges. N 199 NWZ, Bocholt.

Tücht. Friseuse oder Lehrmädchen sof. ges. Jos. Tegude, Rhede, Markt, Herren- und Damensalon.

Mädchen von 14—17 J., vom Lande, für Haus und Landw. ges. Näh. NWZ, Rhede, Blomesath.

Tücht., erf. Mädchen für landw. Haushalt ges. Melker vorh. Näh. NWZ, Rhede, Blomesath.

Jg., braves Mädchen für Geschäftshaushalt ges. Gasthof Belting, Rhede, Hohe Straße 2.

Zuverl. Haushälterin von kinderl., ält. Ehepaar sofort ges. Näh. NWZ, Borken.

Ordentl., kath. Mädchen für d. landw. Haushalt sofort ges. Frau H. Köllmann, Schermbeck b. Wesel Nr. 149.

Jung. Mädchen für landw. Haushalt u. ki. Kinder ges. Vom Lande bevorz. Näh. NWZ, Borken.

Zuverl., tücht. Hausgehilfin ges. Fau Schaten, Borken, Ruf 119.

Waschfrau ges. Elektr. Waschmaschine vorh. Näh. Borken, Vennestr. 9.

Ehrl., tücht. Stütze ges. in Geschäftshaushalt (Bäckerei). Selbige muß im Geschäft mit aushelfen. BB 1877 NWZ, Oelde.

Mädchen für Haus und Landwirtsch. ges. Jos. Monkenbusch, Menninghausen über Oelde.

Tücht. Hausgehilfin für Küche, Haus und etwas Gartenarb. ges. Beste Behandl. Frau Hans Lübke, Möbelfabrik, (21) Rheda bei Wiedenbrück. Tel. 726.

Kath. Pfarrhaus in Sterkrade-Buschhausen sucht sofort zur Stütze der Haushälterin eine 20—26jähr. Hausgehilfin für Haus- und Gartenarbeiten. Kochen kann erlernt werd.

Suche für 15jährigen Jungen Lehrstelle in Feinkost. — Lebensmittelgeschäft. BB 2388 NWZ, Oelde.

Welche Zahnärzte u. Dentisten stellen überzähl. wichtige Einricht.-Gegenstände wie Stuhl, Bohrmasch., Vulkanisierkessel, Poliermasch. usw. leihweise bis zum Eingang der fest zugesagten Neueinrichtung baldmögl. zur Verfüg.? Bin Ostflüchtl., Fam. m. 5 Kindern. Wäre für schnelle Hilfe dankb. IB 710 NWZ, Bückeburg.

Zwei Mädel, 22 u. 24 J., aus guter Familie (bürotätig), suchen auf diesem Wege, da es an pass. Herrenbekanntschaft fehlt, Schriftwechsel zw. spät. Heirat. MO 119 Lüdinghausen, Postl.

Jg. Mädel, 32 J., kath. möchte einen einfachen, jg. Mann, im Alter von 35—40 J., kennenlernen zw. Heirat. N 178 NWZ, Bocholt.

Witwe ohne Anh., Bauerntochter, 42 J., 1,70 cm, schlank, jugendl. Ersch., s. Briefwechsel mit kath. Herrn in gut. Position zw. Heirat. Aussteuer u. Verm. vorh. Zuschr. womögl. m. Bild unt. N 182 NWZ, Bocholt.

Blinder Mann, 37 Jahre, mit Sehrest, s. die Bekanntschaft eines jungen, charaktervollen Mädels von 25—35 J. C 4523 NWZ, Recklinghausen.

Gebildeter, kath. Bauernsohn, 32 J., sympatische Ersch., z. Z. a. d. elterl. Hof tätig, wünscht mit kath. Bauerntochter, die Einheirat bietet, in Briefwechsel zu treten. Verm. vorh. Vermittl. d. Verwandte angen. Diskretion Ehrensache. Nur ernsth. Zuschr. C 4518 NWZ, Recklinghausen.

Int. Mann, 25 J., viels., ehem. Buchhalter a. d. Osten, wünscht die Bekanntschaft einer warmherz. Dame, mit Kind angen., die Lust hätte, ins Ausland (USA.) zu gehen, zw. spät. Heirat. C 4525 NWZ, Recklinghausen.

Einz., kath. Bauernsohn, 28 J., 1,81, s. Bekanntsch. m. einer Bauerntochter v. 22—26 J. aus d. Kr. Borken. Zuschr. m. Bild unt. NB 354 NWZ. Borken.

Suche f. meine Tochter, 47 J., kath., mittelgr., gute Erscheinung, mit Liebe zu Kindern u. reicher Ausst., Erf. einen charaktervollen, in gute Pos. stehend. Herrn zu einer glückl., harmonischen Ehe. NB 358 NWZ, Borken.

Witwer, kath., 45 J., kinderr., jüngstes Kind 6 J., Schlosser, Eigenh., sucht pass. Lebensgefährtin in ungef. gl. Alter. L 1057 NWZ, Arnsberg.

Kunstgewerbel Suche Verbindung mit Werkstätten, die Keramik-, Holz- sowie schmiedeeiserne Arbeiten herstellen zwecks Auftragserteil. BB 1816 NWZ, Oelde.

Wer nimmt einige Möbelstücke von Lippramsdorf bei Dorsten mit nach Bocholt? Bocholt, Ritterstr. 14.

Wer fährt nach Lippstadt u. bringt 2 Tische u. einige Stühle nach Bocholt? N 189 NWZ, Bocholt.

TODESFÄLLE

Anton Niebur

starb am 6. 2. 46 nach kurzer, schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im 70. Lebensjahr. In tiefer Trauer: Frau Anton Niebur, Maria geb. Hogefeld, mit Kindern und Angehörigen. Bocholt, Münsterstr. 249. Sechswochen-Seelenamt am 22. 3. 46, 6.30 Uhr, in Heilig Kreuz.

Ernst Harde

Obergefr., starb am 1. 6. 45 im Alter von 34 Jahren infolge einer schweren Verwundung, die er sich bei den harten Kämpfen der letzten Kriegstage zugezogen hatte, im Ortslazarett Wendisch-Buchholz. Er folgte seinem Bruder Joseph, der drei Monate vorher in russ. Kriegsgefangenschaft starb. In tiefer Trauer: Familie Bernhard Harde, Rhede, Markt 14. Seelenamt Donnerstag, 21. 3. 46, 8.30 Uhr, in der Pfarrkirche zu Rhede.

Wilhelm Thiele

Rangieraufseher i. R., starb am 2. 2. 46 nach langem Leiden, versehen mit den Tröstungen unserer hl. Kirche, im Alter von 61 Jahren. In stiller Trauer: Frau Anna Thiele und Kinder. Bocholt, Schützenstr. 16. Sechswochen-Seelenamt Samstag, 23. März 46, 7.15 Uhr, in der Pfarrkirche St. Ewaldi.

Wwe. Maria Schmeink

geb. Leson, starb am 19. 2. 46 im Alter von 71 Jahren, nach langem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten. Die trauernden Angeh. Bocholt, Dingdener Str. 23.

Johann Schulze Wülfing

starb am 19. 2. 46 nach einem arbeitsreichen Leben im 80. Lebensjahre, nach kurzer, schwerer Krankheit, versehen mit den hl. Sterbesakramenten. In tiefer Trauer: Fam. Johann Schulze Wülfing, Crommert b. Rhede.

Wer fährt nach Oberhausen u. bringt 2 Theken m. nach Bocholt? N 190 NWZ, Bocholt.

Suche Verbind. m. Schaffenden im Kunstgew., Tischlern, Holzbildhauern, Kunstschmieden, Töpfern usw. (Betrieb od. Heimarbeit). Verlag H. G. Ossenbühl, Lembeck.

Geschäftsmann s. f. Ausbreitung seines Geschäftes 15 000 RM. gegen doppelte Sicherh. N 180 NWZ, Bocholt.

Suche Bauunternehmer od. Interess. f. Wiederaufbau m. teilzerstörten Einfamilienhauses in Essen-Bredeney geg. Kostenbeteiligung u. freie Miete. BB 1960 NWZ, Oelde.

Folgende Fahrzeuge sind uns abh. gekommen: Pkw.-Wanderer (Limousine) 4tür., Baujahr 1940, Motor-Nr. 113817, 42 PS, pol. Kennz.-Nr. IX 146172, untergebracht b. Knufmann in Krechting, Pkw.-DKW. m. Sommerverdeck, Baujahr 1936, Motor-Nr. 598312, 18 PS., pol. Kennzfl-Nr. IX 146529. Beide Wagen waren 5fach gut bereift. Angaben, die zur Auffindung d. Fahrzeuge führen od. beitragen, werden gut belohnt. Lohaus u. Co., Bocholt, Westend 15—21.

Miele-Damenfahrrad am 6. 3. an der Heidener Str. 31 gestohlen. Hohe Belohnung. Stevens, Borken, Heidener Str. 31. +

Geldbörse, braun, Inhalt silb. Damenuhr, in Bocholt v. Ostwall bis Drogerie Steiner, Nordallee, verl. Hohe Belohnung. Drogerie Steiner. +

2 Sägen u. Rosenschere von Stenern bis Bocholt, Eintrachtstr., verloren. Gärtnerei Nienhaus, Bocholt, Eintrachtstr. 25. +

Tauschanzeigen

Der zuerst genannte Gegenstand wird angeboten.

Damenschuhe, Gr. 39, br. Boxcalf, geg. Pumps, Gr. 38, Hante, Nordwelen 17.

Gute Herrenschuhe, Gr. 45, geg. schw. Damenschuhe, Gr. 39. Näh. NWZ, Borken.

Damenarmbanduhr geg. Gasherd. Näh. NWZ, Borken.

Neuw. Herrenwintermantel geg. Damen- od. Herrenfahrrad. Fast neuen Gasherd (3flammig m. Bachofen geg. Radio. Näh. NWZ, Anholt, Wolsing.

Guterh. schw. Frauenmantel gegen blaue, rote od. bunte Seide. Näh. NWZ, Borken.

Neuw. Herrenhalbschuhe, braun, Gr. 43, geg. Herrenstiefel gleich. Größe. Näh. NWZ, Borken.

Schlachtkuh gegen hochtrag., junge Kuh, Johann Effing, Borken, Burloer Str. 71.

Kinderwagen u. Sommermantel, Gr. 44, geg. groß. Spiralmatratze sowie Kinderbett geg. Wertausgleich. Näh. NWZ, Borken.

Schw. Herrenhalbschuhe, Gr. 43, geg. gleichw. sportl. Damenschuhe, Gr. 38. Näh. NWZ, Borken.

Herren-Sprungdeckel-Uhr u. 2 junge Hühner geg. Schaf. Näh. NWZ, Borken.

Weiße Wollstoffhose, 1 P. Schw. Herrenhalbschuhe, Gr. 43, u. Wollstoff f. Kleid geg. Akkordeon, 80—120 Bässe, m. Koffer. Moritz Vangasse, Crommert 2 b. Ebbers.

Bergschuhe, 44, fast neu, geg. Herrenfahrrad (Wertausgleich). Näh. NWZ, Rhede, Blomesath.

Moderne Damenschuhe, 42, gegen Gr. 41, blau od. schw. Rhede Hohestr. 7.

Guter Wintermantel, 42/44, fast neues Kleid, 42, u. Wäsche gegen Damenfahrrad. Näh. NWZ, Rhede, Blomesath.

Fast neues Kleid, Gr. 42, geg. Steinbaukasten. Näh. NWZ, Rhede, Blomesath.

Hohe Knabenschuhe, Gr. 35, gegen hohe Knabenschuhe, Gr. 36 od. 37. Näh. NWZ, Weseke, Dautzenberg.

Klein., weißlack. Küchenschrank, Herrenmantel (48), 2 fast neue Steppdecken gegen Radio (5 Röhren). Wewerink, Bocholt, Ubierstr. 16.

Gut erhalt. Waschmaschine geg. Teppich, Bocholt, Nordallee 90.

Fast neuer, 6stalliger Kaninchenstall geg. Ziehharmonika, Johann Degeling, Barlo 114.

Gute Nähmaschine geg. Herren- od. Damenfahrrad, Barlo Nr. 113.

Herrenstiefel (45) geg. Herrenanzug (48 bis 50) (Wertausgleich). Bocholt, Mühlenweg 41.

Prima Geige geg. Teppich (2×3 m), Anzugstoff. Dingden, Dorf 12b.

Herrenwintermantel geg. Bettstelle m. Matratze oder Chaiselongue. N 192 NWZ, Bocholt.

Schweine, 6 Wochen alt, gegen Futtermittel. Heinr. Schilderink, Bocholt, Werther Straße 210a.

Blaues Kostüm (46), neuwertiger Skistoff geg. Herrenanzug oder Mantel Werth 123.

4-Röhren-Super in Zahlung gegen Kraftfahrzeug, Motorrad oder PKW. Alois Beuker, Bocholt, z. Z. Biemenhorst 151, bei Rengeling.